

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Wolk und Zeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Konvaleszenz...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 3. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Rechtsumfall der Volkspartei.

Ministerrat über die Antwortnote. - Rückzug der Volkspartei. - Ein Leitfaden für Stresemann.

WTB. meldet: Das Reichskabinett fehrte heute nachmittag die Beratungen über die außenpolitische Lage fort.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlichte in später Stunde folgende Erklärung:

Richtlinien der Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei teilt schließlich nach Witternacht durch T. folgendes mit:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. Juli zu der durch die Brand-Rote vom 16. Juni...

Kampfstimmung in der Kammer.

Heute nacht wichtige Entscheidung.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer, in der Cailaux am Mittwoch bei der Abstimmung über den eidlichen Deklarationszwang...

Die Kammer hat einen Antrag auf Rückverweisung der Umsatzsteuervorlage an den Finanzausschuß mit 340 gegen 209 Stimmen abgelehnt.

Rückverlegung des sozialistischen Parteitag.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Sozialistischen Partei hat am Donnerstag beschlossen, den Parteitag...

Der Versuch der Fraktion, bereits am Donnerstag die bei den letzten Wahlen in der Kammer verlorene parlamentarische Disziplin wiederherzustellen...

Wenn auch der Sicherheitspakt selbst den Versailler Vertrag nicht abändert, so darf doch darüber kein Zweifel bestehen, daß Deutschland keine Verschlechterung der sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Lage hinnehmen kann...

Wird das nächste Ziel des Paktes, die Lösung der Sicherheitsfrage erreicht, so wird sich die Notwendigkeit aufdrängen, Befahrung und Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Mit Rußland hat Deutschland den Rapallo-Vertrag geschlossen. Dieser wird durch die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen mit den Westmächten nicht verfehlt.

Es war uns in später Nachtstunde nicht möglich festzustellen, ob der vorstehende stellenweise unverständliche Beschluß als eine Niederlage Stresemanns in seiner Fraktion oder als ein Umfall des Ministers selbst aufzufassen ist.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Die äußersten französischen Vorschläge überreicht.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende der französischen Handelsdelegation hat am Donnerstag nachmittag dem Staatssekretär Trendelenburg die angekündigten und ausdrücklich als äußerste Grenze der französischen Zugeständnisse bezeichneten Vorschläge überreicht...

England mahnt seine Gläubiger.

Terminangabe für Schuldenverhandlungen verlangt.

London, 2. Juli. (WTB.) Wie der Amtliche Englische Funddienst meldet, hat die englische Regierung in den letzten Tagen an Frankreich, Italien, Portugal, Serbien, Rumänien und Griechenland je eine Note zur Frage der Kriegsschulden überreichen zu lassen.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag einen Gesetzentwurf, der die Aufhebung der Preistreibeiverordnung und der damit zusammenhängenden Bestimmungen...

Deutschnationale und Kriegsofoper

Wahlversprechungen, die nicht gehalten werden.

Von Erich Rohmann.

Die Versorgung der Kriegsofoper überragt an finanzieller Auswirkung gegenwärtig immer noch alle anderen sozialen Aufgaben des Reiches.

Die Ausgaben des Reiches betragen unter Berücksichtigung des Standes vom 1. Januar 1925 für ein Jahr berechnet: für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene 905 Millionen Mark...

Die Rentenpolitik der Regierung ging in den letzten Jahren dahin, durch Einführung und immer stärkere Unterbrechung des Bedürfnisprinzips das Gros der Hinterbliebenen und die Schwerbeschädigten wenigstens vor einer Benachteiligung gegenüber dem früheren Recht zu bewahren...

Diese Tatsachen, die von der Regierung offen zugegeben werden, sind auch von den Parteien des Reichstags erkannt worden. Seit dem Zusammentritt des Parlaments sind nicht weniger als 65 Anträge zugunsten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eingebracht worden.

würden. Nachdem die Wahlversprechungen und die Agitationsanträge ihre Wirkung getan haben, glaubt man die zwei bis drei Millionen Kriegsgewinn wahrscheinlich ebenso über das Ohr hauen zu können, wie man es den Auswertungsgläubigern gegenüber in so drastischer Weise getan hat.

Für die peinliche Lage der beiden hauptsächlichsten Regierungsparteien bekommt man Verständnis, wenn man sich die Rolle zum Reichsverordnungsrecht näher ansieht, die dem Reichstag kürzlich zugegangen ist. Ihr Inhalt bleibt meilenweit hinter den Anträgen der Regierungsparteien zurück.

Der Zollkrieg mit Polen.

Kampfmassnahmen der deutschen Regierung.

Entsprechend den Vorschlägen der Reichsregierung hat der Reichsrat gestern gegen Polen folgende Kampfzollsätze beschlossen:

Für den Doppelzentner Roggen 10 M., Gerste ebenfalls 10 M., frische Kartoffeln in der Zeit vom 13. Februar bis zum 31. Juli 5 M., vom 1. August bis zum 14. Februar 2 M., Röhrgewächse 20 M., lebende Schweine 40 M., frisches und gefrorenes Fleisch 70 M., einfach zubereitetes Fleisch 90 M., Fleisch zum feineren Tafelgenuss 180 M., Schweinespek 25 M., Eier 25 M., Mehl 25 M., Stärke in Aufmachung für den Kleinverkauf 42 M., in anderen Aufmachungen 32 M., Schmieröle 30 M., andere Öle 20 M., rohes Bau- und Nugholz 30 M., bearbeitetes Bau- und Nugholz 40 M., rohe Fässer 12 M., bearbeitete Fässer 30 M., Röhren und Röhrenformstücke aus Ton 4 M., rohe Ofenröhren 24 M., bearbeitete Ofenröhren 40 M., gestrecktes und gewalztes Blech von mehr als 0,25 Millimeter 36 M., von 0,25 Millimeter und darunter 45 M., Pink 50 M., grobe Zinkwaren 60 M. und feine Zinkwaren 140 M.

Bestehende allgemeine Einfuhrverbote sollen ausnahmslos durchgehört werden. Dazu sollen neue Einfuhrverbote auf Waren treten, die bisher einführungsfrei sind.

Die Verordnung, die von der Regierung ergänzt, abgeändert oder auch aufgehoben werden kann, tritt am 6. Juli in Kraft. Es bleiben also noch drei Tage Zeit zu Verhandlungen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese drei Tage ausgenutzt werden, um einen Kampf zu vermeiden, der die polnische Wirtschaft mehr als die deutsche, aber auch die deutsche Wirtschaft schwer schädigen würde. Zu diesem Zweck werden Zugeständnisse von beiden Seiten zu machen sein. Zugeständnisse, die von deutscher Seite gemacht werden und die ein Äquivalent in einem entsprechenden polnischen Entgegenkommen erhalten, werden in der deutschen Arbeiterschaft auf weitestgehendes Verständnis rechnen dürfen.

Abendstimmung des Zollauschusses.

Die Generaldebatte geschlossen.

Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstags legte am Donnerstag vormittag seine Generaldebatte über die Zollvorlage fort.

Abg. Saldange-Schönning (Dnat.) erklärte, daß er den Argumentationen von v. Ammers (Z.) und Raumer (Sp.) nicht folgen könne, die meinten, eine europäische Zollunion am besten dadurch erreichen zu können, daß man die Zölle gegenseitig abbauet. Den anderen Vätern möchte vielmehr gezeigt werden, daß sie ohne Deutschland einfach nicht auskämen. In bezug auf die Lage der Landwirtschaft versuchte er zu beweisen, daß es damit geradezu katastrophal bestellt sei und die Landwirtschaft jetzt schon wirtschaftlich verlande. Er befürchte, daß eine Ueberbeschleunigung der Städte mit arbeitslos gewordenen Landarbeitern und eine steigende Arbeitslosigkeit auch in der Industrie dadurch, daß die Landwirtschaft keine Maschinen usw. mehr kaufen könne. Die Frage der Arbeiterbelastung durch Zölle ließ er offen, meinte aber, daß der ideale Zustand wäre, teures Brot für teure Löhne. Den Ausweg, der Landwirtschaft durch Umstellung auf Viehwirtschaft zu helfen, erklärte er nach jeder Richtung hin für undurchführbar und abwegig. Das gelte ebenso in bezug auf eine Ermäßigung oder den gänzlichen Fortfall der Umsatzsteuer wie auch in bezug auf die Ge-

währung von Krediten, von denen die Landwirtschaft jetzt schon überflutet sei und die am Ende gar nicht mehr getragen werden könnten. Infolgedessen müßten Hochschutzzölle, müßten Mindestzölle nicht nur auf Getreide, sondern auch auf Vieh eingeführt werden.

Abg. Koresl (Dem.) hob gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Raumer (Komm.) hervor, daß die Demokraten keine unbefehrbare Opposition gegenüber der Zollvorlage angeknüpft hätten, sondern sich bemüht, durch sachliche Beratung größtmögliche Verbesserungen durchzusetzen, und daß sie vom Ausfall dieser Bemühungen ihre Stellungnahme zur gesamten Zollvorlage abhängig machen würden. Gegenüber der gestrigen Argumentation des Abg. Raumer (D. Sp.), daß vom Zoll alle Bevölkerungskreise profitieren würden, erklärte er:

Die Arbeiter, noch mehr aber das neue Proletariat, die Inflationsverarmten, würden davon nur belastet, den Hauptteil des Gewinns erlieste die Industrie, während die Landwirtschaft trotz Mindestzölle je länger, desto mehr den kürzeren zöge. Im übrigen betonte er, daß seine Partei so lange nicht für Mindestzölle eintreten könne, bis bewiesen sei, daß davon die Landwirtschaft schon im Herbst einen Nutzen habe und die Getreidepreise durch andere Mittel an den Weltmarktpreis herangebracht werden könnten.

Abg. v. Rischhofen (Dnat.) polemisierte gegen verschiedene Vordredner, die namentlich die Wichtigkeit seiner Zahlen angezweifelt hatten. Dabei gab er bekannt, daß der Landwirtschaftsrat jetzt durch Befragen von 150 Gemeinden festgestellt hatte: die deutsche Landwirtschaft habe nicht nur die 40 Milliarden Bodenrente der Vorkriegszeit aufgezehrt, sondern noch einen weiteren Verlust von 700 Millionen erlitten, so daß die Verschuldung jetzt 180 Proz. der Vorkriegszeit betrage.

Abg. Kempf (D. Sp.) betont von neuem, daß die Agrarzölle eingeführt werden müßten, um die deutsche Landwirtschaft vor den niedrigen Preisen zu bewahren, die mit dem Ausbau der ausländischen, namentlich der außereuropäischen Landwirtschaft unweigerlich kommen würden; das gelte sowohl für Getreide wie für Fleisch.

Genosse Hilsberg:

Durch jede finanzpolitische Maßnahme, sei es Inflation, sei es Schutz Zoll, könne nichts anderes erreicht werden als eine andere Verteilung des Wertetrags. Die Förderung der Produktion werde damit nicht erreicht. Es gehe auch nicht um Freihandel oder Schutz Zoll, sondern um den besten Weg zur Steigerung der Produktivität. Wir leben in den Hochschutzzöllen auf die Dauer eine Verteuerung der Produktionskosten und damit eine Erschwerung unserer Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Damit werde auch nicht die europäische Zollunion gefördert, sondern nur die Kartellrente der einzelnen nationalen Industrien gesteigert. Die Landwirtschaft solle sich sehr überlegen, ob sie sich nicht den Weg zur Steigerung der Intensität verbaue, indem sie sich durch hohe Zölle die eigenen Produktionsmittel verteuere.

Der beste Weg sei, die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes zu erhöhen, wodurch die Landwirtschaft am besten auch eine Steigerung erhalte.

Der Zolltarif sei nicht aufgebaut auf das Schutzbedürfnis der einzelnen Industriezweige, sondern gemacht nach dem politischen Einfluß der einzelnen Interessengruppen. Daher seien auch die Halbfabrikate stark begünstigt zugunsten der Fertigwaren, ein Vorgehen, das im allgemeinerwirtschaftlichen Interesse außerordentlich bedenklich sei. In bezug auf die Landwirtschaft sei die Frage entscheidend, ob das jetzige und zukünftig noch werdende Preisniveau genüge, um eine Intensivierung herbeizuführen. Die Ertragssteigerung wäre dauernd gestiegen, nicht nur in Deutschland, dank der technischen, agrarwissenschaftlichen und sonstigen Entwicklungen. Daraus erklärten sich die jetzigen, allgemein niedrigen Preise. Aber gerade die Ausführungen und Zahlenangaben des Abg. Rischhofen hätten bewiesen, daß die deutsche Landwirtschaft auch während der letzten Krise intensiviert worden sei und daß auch jetzt die Gefahr einer Entintensivierung nicht vorliege. Die Preisachse sei geschlossen, und die Zahlen des Abg. v. Rischhofen über die Verschuldung der Landwirtschaft wären unmöglich haltbar. Aber darüber müsse sich eben die Regierung äußern, wie zu all den anderen Fragen auch; sie schweige sich leider vollständig aus und überlasse alles dem Ausschuss. Die Landwirtschaft habe weiterhin schon 1924 Kredite in Höhe von 2 bis 2 1/2 Milliarden erhalten, und auf diesem Wege könne ihr auch weiterhin unmittelbar geholfen werden, ganz anders als durch Schutz zölle. Großes Gewicht sei weiterhin auf die mögliche Ausschaltung des Zwischenhandels zu legen, worauf die landwirtschaftlichen Vertreter des Ausschusses entgegen ihrer früheren Gewohnheit noch gar nicht ein-

gegangen wären, trotzdem die Preispanne zwischen Hersteller- und Verkaufspreis immer größer, also immer vertiefter gemorden wäre.

Die Frage der Bereitschafts- oder gleitenden Zölle könne nicht so einfach abgefaßt werden.

wie es Graf Kanitz getan habe, sondern auch darüber müßten noch Sachverständige gehört werden, namentlich soweit die technische Durchführbarkeit in Betracht komme.

Da es inzwischen bereits mittags 12 Uhr geworden war, aber noch immer fünf Wortmeldungen vorlagen, schied der Vorsitzende vor, jetzt abzubrechen und am Abend nach der Plenarsitzung weiter zu tagen. Der Abg. Horlacher (Dnat. Sp.) stellte einen entsprechenden Antrag, der von den Deutschnationalen unterstützt wurde.

Genosse Brellscheid widersprach diesen Absichten, da erstens nach dem gestrigen Beschluß neue Wortmeldungen erfolgt seien, vor allen Dingen aber unsere Fäktoren schon wichtige Eirungen für den Abend amnestet habe. Auch die Kommunisten erhoben Einspruch. Der Abg. Dr. Kammer (Z.) erklärte, daß seine Fraktion ebenfalls eine Sitzung für heute abend angelehnt habe, daß sie aber zur Beschleunigung der Arbeiten für die Fortsetzung der Ausschusssitzung am Abend wäre. Dementsprechend wurde dann auch von den Regierungsparteien beschlossen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

In der Abendstimmung des Zollausschusses wurde zunächst die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Der Ausschuss war jedoch knapp beschlußfähig. Von den drei Rednern, die nach dem Wort gemeint sind, verzichteten zwei, der Kommunist Rosenberg und der Völkische v. Graese, auf das Wort, der dritte, der Kommunist Hörnie, war nicht anwesend. Da die Redezeit damit erschöpft war, wurde die Generaldebatte geschlossen. Heute erfolgen die Abstimmungen über die in der Generaldebatte gestellten Anträge.

Deutschnationale Logik.

Die Republik hat immer schuld.

Die gestrige Sitzung des Barmot-Ausschusses des Reichstags war so schlecht besetzt, daß der sozialdemokratische Vorsitzende Saenger sich veranlaßt sah, die Fraktionen zu ermahnen, in Zukunft für eine bessere Besetzung der Sitzungen Sorge zu tragen. So fehlten in der Tat gestern von insgesamt 21 Mitgliedern neun, so daß der Ausschuss beinahe beschlußunfähig gewesen wäre. Darüber zeigt sich nun der berückelte Herr Fernandes von der „Kreuzzeitung“ sehr empört und erklärt, „das ganze republikanische Ausschusssystem“ sei damit gerichtet. Bezeichnend ist aber, daß keine Fraktion gestern so schwach vertreten war, wie gerade die der Deutschnationalen, deren fünf Mitglieder mit einer Ausnahme durch Abwesenheit glänzten! Diese Ausnahme war Herr v. Dewitz, der unmöglich fehlen konnte, da er Berichterstatter des Ausschusses ist. Das Verhalten der Deutschnationalen ist um so standstillender, als sie es waren, die doch feinerzeit die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses beantragt haben.

Ehrenrettungsversuche für Ruhmann und Casparz.

Nicht nur Herr Ruhmann, sondern auch sein Kollege Casparz ist an das Gericht zurückverlegt worden. Die „Deutsche Zeitung“, das Leitorgan der „Fliegerstaffel“, meldet es und dann wird es schon stimmen. Inzwischen erhebt sich in der deutschnationalen Presse ein gewaltiger Proteststurm gegen diesen „beispiellosen Vorgang“. „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“, „Deutsche Zeitung“ weisern in Ehrenretterungen für jene ausgezeichneten Männer, die dem Druck der Rinsprelle zum Opfer gefallen seien. Die „Kreuzzeitung“ läßt sich sogar von einem Verwandten (?) des Ruhmann bestätigen, daß die bisherigen Vorgelegten Ruhmanns von seinen glänzenden Fähigkeiten überzeugt gewesen seien; ebenso behauptet die „Deutsche Tageszeitung“, offenbar aus gleicher Quelle inspiriert, die Herren hätten niemals auch nur die kleinste Beanstandung ihrer Geschäftsführung durch ihre Vorgesetzten erfahren. Erstens ist das nicht wahr, vielmehr ist ihnen, wenn auch viel zu spät, ernsthafte Mißbilligung ausgesprochen worden; andererseits, selbst wenn es wahr wäre, so würde das nur zur Folge haben müssen, daß man auch gegen diese verantwortlichen Vorgesetzten Maßnahmen ergreife.

China.

Zu grellen Feuern ruft der Gong durch Tag und Nacht.

Der Gelbe Drache ist erwacht.

In Hongkong, Peking, Kanton und Schanghai

Reißt er sich aus den Ketten frei.

Studenten gehen unter seidner Fahnen Schwung.

Glanz im Gesicht, die Herzen jung.

Dem Kuli an dem Tor der sieben Winde

Schwimmt Blut durchs Herz und glüht gesunde,

Und kleine Kinder mit den schrägen Demutaugen.

Die sechzehn Stunden nur zu fremder Arbeit tauger.

Sehn mit im großen Schritt, in Schritt und Tritt.

Die Mädchen aus der Spinnerei gehn mit.

Die Kulis springen an vom Drachentor.

Sehn in die erste Reihe vor

Und hissen rotes Tuch und schwarzen Flor.

Der Gelbe Drache ist erwacht!

Und brüllt und brüllt jetzt Tag und Nacht.

Der schreie Sie der Herren tracht.

Roch hat er Nacht und Todesblut.

Kanonen, Gruben, Landbesitz.

Roch mästet er sich vom Profit.

Den er aus gelbem Leide schnitt:

Jedoch der Sie und Bliz zertracht.

Die hohle Nacht stürzt über Nacht.

Geht acht, geht acht:

In China ist das Volk erwacht!

Mag Bortchel

Wenn das wahr ist...

Von Paul Gutmann.

In der Berliner Presse fand sich vor einiger Zeit die Meldung, der preussische Kultusminister habe an das Provinzialschuldkollegium die Aufforderung gerichtet, den Leitern der höheren Lehranstalten mitzuteilen, daß Auslandsreisen von Schülern nur noch in Ausnahmefällen veranstaltet werden sollen. Das Verhalten der Schüler gebe nicht die Gewähr dafür, daß unser Ansehen im Ausland gewahrt werde. Wenn diese Meldung den Tatsachen entspricht, und ich sehe keinen Grund, daran zu zweifeln, dann sind diese paar Zeilen wichtiger als alles, was von der sogenannten nationalen Presse mitgeteilt wird, um das deutsche Herz höher schlagen zu lassen. Man sollte sie mehr beachten als die Beschreibungen von Festen, auf denen die Bergangenheit gefeiert wird. Denn die deutsche Jugend ist die deutsche Zukunft, und wenn der Kultusminister dieser Jugend ein Mißtrauensvotum erteilt, so wird hiermit der Bankrott der bürgerlichen Erziehungsmethoden überhaupt erklärt.

Auf Schulkongressen ereiferte man sich über die Frage, ob dem Gymnasium oder den Realschulen der Vorzug zu geben sei. Es scheint, als ob weder die Beschäftigung mit den antiken Klassikern noch die mehr realistische Wissensinhalte geeignet seien, aus deutschen Bürgersöhnen anständig denkende Zeitgenossen zu machen. Der Kultusminister verneint es. Wir haben die Früchte jener, aller höheren Ethik entbehrenden Unterrichtsverfahren ja längst schauernd erblickt. Uns genügt der Rathenau-Wort, die Ermordung des Reichsbannermanns Schulz, die beinahe täglichen Ueberfälle auf politisch Andersdenkende, um zu wissen, wie es mit jener Jugend bestellt ist. Der Herr Kultusminister gibt nunmehr die Bestätigung. Zwischen der Ermordung eines der kultiviertesten Europäer und dem lümmelhaften Benehmen im Ausland ist allerdings ein Unterschied. Aber es ist nur ein Unterschied im Handeln, nicht in der Gesinnung. Nationale Ueberhebung, die zur Frechheit wird, hoch gegen Andersdenkende, Bezeichnung niedriger Motive in bezug auf den politischen Gegner, das sind die gleichen Symptome, die bei den Mordorganisationen wie bei den harmloseren Jugendgruppen zu finden sind. Jene Buben, die, wie bei den letzten Wahlen, wehrlose Passanten überfallen, sind in der Tat keine würdigen Vertreter des Deutschtums im Ausland. Wir zeigen den Fremden mit Stolz unsere technischen Erzeugnisse, wir dürfen aber nicht, wie der Herr Kultusminister meint, unsere Jugend herzeigen.

Kann einem Volk oder vielmehr einer bestimmten Volksschicht ein vernichtendes Urteil gesprochen werden, als es hier geschieht? Wenn der Glaube an die Zukunft ins Wanken gerät, dann ist es schlimm um uns bestellt. Aber genügt es, einen mißratenen strapuzigen Kötter an der Spitze zu halten? Ist es nicht ratsamer, auf Mittel zu sinnen, um seine Sinnesart zu ändern? Wir bedanken uns gleichfalls für jene üblen Früchte einer verfehlten Erziehung. Nun ist es aber Zeit, das eigene Haus reinzusetzen, damit wir es mit Stolz dem Fremden zeigen können. Es ist ein falsches Beginnen, die Fenster eines solchen verunreinigten Hauses zu schließen, auf daß der üble Geruch den Vorübergehenden nicht in die Nase steige. Wenn der Kultusminister sich wahrhaft um die höhere deutsche Bildung verdient machen will, so nehme er einen handfesten Besen und reinige jenen Augiasstall von allem Mist und Moder einer verderblichen Gesinnung und versuche der Erziehung eine ethische Grundlage zu geben, die unserem deutschen Bildungswesen so gut wie gänzlich fehlt.

Erfolgreiche Versuche mit Bordtelephonie.

Mit einer an Bord des Lloyd-Dampfers „Columbus“ eingebauten Telephonieanlage sind von deren Erbauerin, der Telefunken-Gesellschaft, in Gemeinschaft mit der Deutschen Betriebs-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Debeg) und dem Telegraphentechnischen Reichsanwalt neue Versuche eines funktelephonischen Verkehrs zwischen dem auf See befindlichen Dampfer und Landsprechstellen gemacht worden, wobei die drahtlosen Gespräche von der Küstenstation Norddeich aufgenommen und von dort auf das Drahtfernsprednetz überleitet wurden. Die Versuche ereigneten sich auf

der Herstellung eines sogenannten „Gegensprechbetriebes“, d. h. eines ununterbrochenen wechselseitigen Ferngesprächs eines Teilnehmers an Bord mit einem Teilnehmer eines Ortsanschlusses an Land. Der außerordentliche Vorteil des Gegensprechens gegenüber den bisherigen Versuchen einer funktelephonischen Verbindung zwischen Schiff und Land besteht darin, daß bisher die an Bord befindliche Station zur Entgegennahme der Antwort vom Land immer erst von Senden auf Empfang, d. h. von Sprechen auf Hören umgeschaltet werden mußte. Diese an und für sich zwar nur durch einen einzigen Handgriff erfolgende Umschaltung erschwert aber einen funktelephonischen Verkehr zwischen See und Land praktisch sehr, da es bei dieser Art des Verkehrs nicht möglich ist, dem Sprechenden in die Rede zu fallen, sondern stets gewartet werden muß, bis der jeweils Sprechende selbst aufhört. Der Gegensprechbetrieb wird dagegen für beide Teilnehmer sich in nichts von einem normalen Ferngespräch unterscheiden, wie es sonst an Land über Drahtfernleitungen vor sich geht. Die bisherigen Versuche an Bord des „Columbus“ haben das Ergebnis gezeigt, daß das Problem des Gegensprechens von Bord an Land und umgekehrt als praktisch gelöst angesehen werden kann. Lediglich bei der Weiterleitung der Bordtelephonie auf die Landdrahtleitungen haben sich noch gewisse Schwierigkeiten ergeben, die aber ebenfalls in kurzer Zeit beseitigt sein dürften.

Die Telefunken-Gesellschaft beschäftigt nunmehr, in Gemeinschaft mit der Debeg den Einbau und die verkehrswise Inbetriebnahme von etwa 10 derartigen Gegensprechstationen an Bord deutscher Ueberleeddampfer. Man hofft mit den eingehenden Erprobungen bis Frühjahr 1926 soweit zu gelangen, daß im Sommer 1926, d. h. in etwa einem Jahre, ein telephonischer Verkehr mit hoher See via Norddeich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit aufgenommen werden kann.

Der Regent von Nürnberg. Die Sitzungen des Nürnberger Stadtrats sind ja ob ihrer Zwischenfälle allmählich hochberühmt geworden. Gewöhnlich geht es recht herb und unfällig zu. Diesmal aber wurde ein Zwischenfall mit heilerer Vorblutung erbelegt. Da gibt es nämlich in Nürnberg einen Regent. Und dieser Regent scheint gern zu tanzen. Und deshalb geht er zum Sommerball in den Stadtpart. Die Fraktion Schwarz-Weiß-Rot des Stadtrats war nun darob maßlos empört: ein Regent in Nürnbergers Stadtpart! Ein Regent tanzt mit Nürnbergers Frauen! Und man stellte den Antrag, daß dem Regent von Nürnberg verboten werde, in den Stadtpart zum Sommerfest zum Tanz zu gehen. Aber dieser Regent stammt aus dem ehemaligen Deutschamerica und ist Reichsangehöriger. „Wenn man Kolonien erwirbt, muß man auch die Kolonien tragen“, meinte Oberbürgermeister Dr. Suppe. Und die Konsequenz ist, daß der Regent weiter zum Ball in den Stadtpart darf.

„Los von der Gewalt!“ Unter diesem Titel wird die Internationale der Kriegsdienstgenossen ein Handbuch herausgegeben, das zum erstenmal die Entwicklung und die Grundsätze dieser Bewegung umfassend darzustellen soll. Das Werk wird in deutscher, englischer und französischer Sprache und in Esperanto erscheinen.

Die Internationale Kinematographenkonferenz, die auf Empfehlung des Völkerbundes zusammengetreten wird, soll am 27. Oktober und an den folgenden Tagen in Paris stattfinden. Aus Deutschland wird vertreten sein.

Das Aufwertungsgesetz.

Schluss der 2. Lesung im Ausschuss.

Der Aufwertungsausschuss führte am Donnerstag die zweite Lesung des Aufwertungsgesetzes zu Ende. Dr. das Gesetz zwischen der ersten und der zweiten Lesung eine vollkommene Umgestaltung erfahren hat, bei der sich die rund 20 Paragraphen des Regierungsentwurfs auf 88 vermehrt haben, so findet heute eine dritte Beratung statt, die aber am materiellen Inhalt der gefassten Beschlüsse nichts Wesentliches mehr ändern dürfte.

Mit Bezug auf die Sparkassenguthaben beantragten die Regierungsparteien eine neue Bestimmung, wonach die Aufwertung dieser Guthaben mindestens 12½ Proz. des Goldbestandes erreichen, möglichst aber dem Aufwertungssatz entsprechen soll, der sich für die Anleihen des Schuldners oder seines Garanten ergibt. Da die Aufwertung der im Besitz der Sparkassen befindlichen öffentlichen Anleihen nach den neuesten Beschlüssen 12½ Proz., die der Hypotheken 25 Proz. beträgt, wird der Mindestsatz von 12½ Proz. des Goldmarkwertes der Sparguthaben in der Regel erreichbar sein. Die Bestimmung, doch möglichst der Satz erreicht werden soll, der dem Aufwertungssatz für die Anleihen des Schuldners oder seines Garanten entspricht, hat den Sinn, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände, die in der Lage sind, eine höhere Aufwertung ihrer Anleihen als zu 12½ Proz. zu gewähren, auch eine entsprechend höhere Aufwertung der Einlagen bei ihren Sparkassen einbringen lassen sollen. Die Regelung der Aufwertung der Sparkassen ist bekanntlich im übrigen den Landesbehörden vorbehalten, denen im Gesetz gewisse Ermächtigungen erteilt werden. U. a. können die Landesbehörden anordnen, daß Einzahlungen und Auszahlungen in Papiermark, die nach einem bestimmten Stichtag erfolgt sind, bei der Aufwertung unberücksichtigt bleiben. Die Stichtage dürfen jedoch nicht vor dem 15. Juni 1922 (dem Stichtage für die Rückzahlung der Hypothekenaufwertung) liegen. Entsprechend einem von sozialdemokratischer Seite in der ersten Lesung gemachten Vorschlag, wurde auch die Ermächtigung eingefügt, zu gestatten, daß den Schuldnern der Sparkassen für die vorzeitige Rückzahlung der aufgewerteten Beträge eine Kürzung der Schuld oder andere Vergünstigungen zugestanden werden können.

Von deutschnationaler Seite wurde versucht, entsprechend einer Eingabe der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die bekanntlich auch Sparkassen unterhalten, den von den Garanten der öffentlichen Sparkassen zur Leistungsmasse zu leistenden Beitrag herabzurufen oder zu beseitigen. Abg. Dr. Weber (Soz.) trat diesem Versuch nachdrücklich entgegen, indem er betonte, die Sozialdemokratie könne nicht zulassen, daß die ohnehin geringe Aufwertung der Einlagen der kleinen und kleinsten Sparer in Rücksicht auf die Konkurrenz der Genossenschaftsparkassen noch weiter herabgedrückt würden.

Bei den Ansprüchen, die nicht als Vermögensanlagen gelten und daher der individuellen Aufwertung unterliegen, wurde der sozialdemokratische Antrag, Ansprüche auf Entlohnung einer Erbpacht (Kanon) einzubeziehen, abgelehnt, ebenso der Antrag, den Guthaben bei Fabrik- und Wertsparkassen die Einlagen des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber gleichzustellen, also beide individuell zu behandeln. Von Staatssekretär Joel wurde auf Anfrage ausdrücklich festgestellt, daß Reaktionen keine Vermögensanlagen sind, sondern Ansprüche an gegenseitigen Beiträgen, die nicht der begrenzten, sondern der Aufwertung nach Treu und Glauben unterliegen.

Eine lebhaft erörterte rief der Antrag Schetter (S.) hervor, der Vorschlag des § 63: „Soweit zum Zwecke der Versorgung von Arbeitern oder Angestellten eine Versicherung abgeschlossen ist, bleiben etwa daneben bestehende Versorgungsansprüche aus dem Anstellungsverhältnis unberührt“, noch den Satz anzufügen: „Ist der Arbeiter oder Angestellte bei seinem Arbeitgeber versichert, so gilt die Versicherung als eine Leistung aus dem Dienstvertrage.“ Die praktische Konsequenz dieses Antrages würde sein, daß Ansprüche an eine Versicherung dieser Art der gesetzlich unbegrenzten Aufwertung unterliegen würden. Die Regierung und die Parteien der Rechten bekämpften den Antrag aufs schärfste, weil von der Rechtsprechung die Frage, ob hier ein Versorgungsanspruch statt eines Versicherungsanspruches vorliege, bereits verneint worden sei. Da der Antragsteller nur die Unterstützung der Sozialdemokraten und Kommunisten fand, wurde sein Antrag abgelehnt und ein Antrag Hergt angenommen, der den in Frage kommenden Angestellten nichts nützen wird.

Wie in der ersten, so sagte sich auch in der zweiten Lesung Genosse Weber für die Rechte der Angestellten nachdrücklich ein.

Mit Bezug auf die Aufwertung der Bankguthaben kündigte Abg. Reil fürs Plenum den Antrag auf Aufwertung langfristiger Guthaben an. Ein geringfügiges Zugeständnis wurde in diesem Punkte gemacht durch Annahme eines Antrages Schetter (S.), wonach Darlehnsansprüche gegen Banken wie Vermögensanlagen zu behandeln sind, wenn sie aus einer ehemaligen Geschäftsbeteiligung stammen und mindestens fünf Jahre bestehen.

Eingefügt wurde noch eine Bestimmung, nach der ein Einkommen aus ausgewerteten Ansprüchen bis zum Betrage von 150 M. jährlich bei der Gewährung öffentlicher Unterstützungen (Altenrentnerfürsorge) außer Ansatz bleibt.

Von den Kommunisten, deren Tätigkeit während der letzten Wochen darin bestand, den sozialdemokratischen Anträgen zuzustimmen oder diese Anträge durch Einfügung höherer Ziffern zu übertrumpfen, wurden im letzten Augenblick noch eine Anzahl Reformanträge gestellt, die die gründliche Vorbereitung und Durchsicht vermissen ließen und der Ablehnung verfielen.

Serede um Preußen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Die „Mote Bahne“ weist wiederum von Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Preußen zu melden, an denen Ministerpräsident Braun nach wie vor beteiligt sei. Hierzu ist festzustellen, daß Ministerpräsident Braun gegenwärtig keinerlei Verhandlungen über eine Regierungsumbildung führt und auch keinen Anlaß zu derartigen Verhandlungen sieht.

Die Hauszinssteuer in Preußen.

Ablehnung des Regierungsantrags im Staatsrat.

Im Mittelpunkt der Donnerstagsitzung des Preussischen Staatsrats stand die geplante Erhöhung der Hauszinssteuer, die nach dem Vorschlag der Regierung am 1. August und am 1. Oktober d. J. eine Erhöhung um je 6 Proz. erfahren sollte. Die Erhöhung am 1. August sollte zu einem Drittel dem Staate und zu zwei Dritteln den Gemeinden, die Erhöhung am 1. Oktober in vollem Umfange dem Staate zustehen. Der Hauptauschuss des Staatsrats hatte beschloffen, der Vorlage nicht zuzustimmen, da die Hauszinssteuer ihrer Natur nach als Steuer für allgemeine Zwecke nicht geeignet sei. Es wurde ein Eventualantrag eingebracht, der eine einmalige Erhöhung um 8 Proz. für den Fall vorsieht, daß der Preussische Landtag die Notwendigkeit der Erhöhung der Hauszinssteuer überhaupt anerkennt. Von diesen 8 Proz. sollen 4 Proz. ausschließlich für die Neubautätigkeit Verwendung finden, 3 Proz. den Gemeinden und 1 Proz. dem Staat zustehen. Der Finanzminister erklärte sich mit der Erhöhung von nur 8 Proz. einverstanden, wünschte aber, daß für die Neubautätigkeit nur 2 Proz. für die Gemeinden und den Staat je 3 Proz. zur Verfügung gestellt werden. Anders könne er das zu erwartende große Defizit im Staatshaushalt nicht decken. Der Staatsrat lehnte aber die Vorschläge des Finanzministers ab und bestätigte den Beschluß seines Hauptauschusses.

Gewerkschaftsprotest gegen Zollwucher.

Beschluß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes faßte in seiner Sitzung vom 1. Juli folgende Entschliessung:

Als Vertreter der in der Eisen und Metalle erzeugenden und verarbeitenden Industrie beschäftigten Arbeiter erhebt der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schärfsten Einspruch gegen die von der deutschen Regierung dem Reichstag unterbreitete Zolltarifvorlage. Die in dieser Vorlage hervortretenden schutzzöllnerischen Bestrebungen tragen nicht zu einer Gesundung der Wirtschaft bei, sondern schädigen dieselbe aufs schwerste. Die An-

Arbeiter Berlins!

Die Sozialdemokratie kämpft im Interesse des gesamten Proletariats einen schweren Kampf gegen die drohenden Brotwucherzölle. Sie hat die gesamte Arbeiterschaft zu gemeinsamer Abwehr aufgerufen.

Die überfüllten Versammlungen vom vergangenen Dienstag waren ein Beweis dafür, daß die Arbeiter der Sozialdemokratischen Bewegung leisten wollen. Beeinträchtigt wurde der Verlauf unserer Protestkundgebungen durch die von den Kommunisten planmäßig unternommenen Störungsversuche. Die kommunistische Partei, die vorgibt, für die Einigkeit der Arbeiterschaft einzutreten, hat sich nicht gescheut, zur Freude der Schutzgöllner und Brotvorteurer unsere Versammlungen zu stören.

Wenn ihr das nicht gelungen ist, so deshalb, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen es satt haben, sich von einer Schutztruppe der Reaktion, die sich kommunistisch nennt, weiterhin belästigen zu lassen.

Die kommunistische Partei, die Hindenburg zum Siege verhelfen hat, die kommunistische Partei, die gemeinsam mit den deutschnationalen die Preußenliste herbeiführte, dieselbe kommunistische Partei schert sich nicht, jetzt Helfersdienste zu leisten für Großgrundbesitzer und Industriemagnaten.

Eine Partei, die so mit den Arbeiter- und Konsumenteninteressen umgeht, ist von der ganzen Arbeiterschaft gerichtet. Mit den Vertretern dieser Partei des Arbeiterrates gibt es keine Kampfgemeinschaft.

Unsere Versammlungen dürfen nicht zum Tummelplatz dieser Leute werden! Jede von uns bisher gewährte Diskussionsfreiheit wurde von den Kommunisten dazu mißbraucht, einen ruhigen und sachlichen Verlauf unserer Versammlungen unmöglich zu machen. Dagegen setzen wir uns zur Wehr.

Die jüngsten Erfahrungen bestimmen uns offiziell zu erklären, daß die Vertreter der kommunistischen Partei in sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr das Wort erhalten.

Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, damit die kommunistische Zentrale sich danach richtet. Die irreführenden kommunistischen Arbeiter seien hiermit gewarnt, sich weiter gegen ihre sozialdemokratischen Klassenossen mißbrauchen zu lassen.

Wir brauchen Geschlossenheit und Einigkeit in einem harten Kampf. Wir sind nicht gewillt, uns diesen Kampf ersparen zu lassen von einer Partei, die auch diesmal wieder, wie bisher noch immer, der Reaktion Zuhälterdienste leistet.

Der Bezirksvorstand der SPD. Groß-Berlins.

nahme dieser Vorlage bedeutet eine erhebliche Verfeuerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, drückt das Lebensniveau der breiten Volksmassen weiter herab, mindert deren Kaufkraft und führt damit zu einer weiteren Schwächung des Inlandsmarktes. Die Annahme dieses Schutzolltarifes würde ferner in anderen Ländern Gegenmaßnahmen hervorrufen, unsere Handelsbeziehungen stören, den Abfluß deutscher Waren auf dem Weltmarkt erschweren und zu neuen Krisen beitragen.

Der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ruft die werktätigen Massen zur einmütigen und schärfsten Bekämpfung dieser die deutsche Industrie, die Gesamtwirtschaft und damit das Volk schädigenden Zolltarifvorlage auf. Von der Volksvertretung ist die Ablehnung dieser Vorlage zu verlangen.

Aus dem sächsischen Landtag.

Deutschnationales Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister abgelehnt.

Dresden, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag stand im sächsischen Landtag ein deutschnationales Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister zur Beratung. Die günstige Entwicklung der sächsischen Staatswerte ist der deutschnationalen Fraktion schon lange unangenehm. Sie behauptet, ohne dafür einen Beweis zu erbringen, daß die Staatsbetriebe die Steuer erhöhen. Der Minister bewies seinen Gegnern das Gegenteil und erklärte, daß das Mißtrauensvotum nicht eingebracht wurde, weil die Staatsbetriebe zu schlecht, sondern zu gut arbeiten. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion ließ dem Minister und seinem Mitarbeiter durch den Genossen Schurig den Dank für ihre erfolgreiche Tätigkeit aussprechen. Die Minderheit schickte den Genossen Liebmann vor, der sich dem Mißtrauensantrag der Deutschnationalen, wenn auch aus anderen Gründen, anschloß. Der Antrag wurde schließlich mit den Stimmen der Koalitionsparteien abgelehnt.

Gegen Wahlterror.

Keine öffentliche Bekanntgabe der Nichtwähler.

In einem Rundschreiben des Preussischen Innenministers werden die Gemeindebehörden, einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes zufolge, darauf hingewiesen, daß es mit den zurzeit geltenden Wahlrechtsvorschriften unvereinbar ist, wenn eine Gemeinde nach einer öffentlichen Wahl oder Abstimmung die öffentliche Bekanntgabe der Personen beschließt, die von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Eine solche Maßnahme würde auf mittelbare Einführung der Stimmpflicht hinauslaufen, die bisher von den Parlamenten abgelehnt worden ist. Das Verfahren bei öffentlichen Wahlen und Abstimmungen ist durch die einschlägigen Gesetze und die zu ihnen ergangenen Ausführungsmaßnahmen erschöpfend geregelt. Nach diesen Bestimmungen besteht nach Abschluß einer Wahl weder ein Anspruch der Parteien auf Einsicht in die Stimmlisten, so daß die Möglichkeit einer Feststellung der Personen, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben, auf diesem Wege entfällt, noch kann von Amts wegen eine Bekanntgabe der Namen der Nichtwähler angeordnet werden.

Pangalos bann die Verschwendung — er hat beschlossen, mehrere Tausend Maschinengewehre und zahlreiche Flugzeuge zu bestellen.

Die holländischen Wahlen.

Amsterdam, 2. Juli. (WTB.) Nach dem vorläufigen nicht-offiziellen Ergebnis der Wahlen zur zweiten Kammer verteilten sich die Abgeordnetenmandate auf folgende Parteien: Römisch-katholische Staatspartei 30 (1922 32 Sitze), Antirepublikanische Partei 13 (16), Christliche Partei 11 (11), Protestantische Reformpartei 1 (0), Sozialdemokratische Partei 24 (20), Liberale Partei (Freiheitsbund) 9 (11), Freisinnige Demokraten 7 (5), Agrar-Partei 1 (2), Katholische Volkspartei 1 (0), Protestantische Volkspartei 1 (0), Kommunistische Partei 1 (2). Die jetzige, aus den drei großen Rechtsparteien bestehende Regierungskoalition hat also mit 54 Sitzen die absolute Mehrheit behalten.

Vertrauensvotum in Belgien.

Brüssel, 2. Juli (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer sprach am Donnerstag der Regierung Pouillet mit 123 gegen 37 Stimmen bei 15 Stimmentzählungen das Vertrauen aus. Für die Regierung stimmten alle Sozialisten und die große Mehrheit der Katholiken; dagegen alle Liberalen, die Abgeordneten der Frontpartei, die Kommunisten und 7 katholische Reaktionen; 15 katholische Konserwativen enthielten sich der Abstimmung. Damit hat die Regierung ihre erste Feuerprobe bestanden. Aber hinter den Kulissen spielten sich am Mittwoch und Donnerstag Dinge ab, die das Leben des Kabinetts ernstlich bedrohten. Es handelt sich um das Frauenstimmrecht für die Provinzparlamente. Die Regierungserklärung schloß darüber ab, daß diese Frage einen Konflikt bildet zwischen der Mehrheit der Sozialisten und den Katholiken. Die konserwativen Katholiken kündigten für die kommende Behandlung des Wahlgesetzes einen Vorstoß zugunsten des Frauenstimmrechts an. Die große Mehrheit der Sozialisten, die von dem Provinzialfrauenstimmrecht den Verlust ihrer Mehrheiten in den Provinzparlamenten von Lüttich und Hennegau befürchten, protestierten gegen diese Absicht und bezeichneten sie als Treubruch. Sie entbanden gleichzeitig eine Abordnung zum Ministerpräsidenten Pouillet, ohne von ihm eine befriedigende Zusicherung zu erhalten. Unter diesen Umständen entschloß sich die sozialistische Fraktion nur sehr schwer und nur bedingt zum Vertrauensvotum. Eine neue Krise bei Behandlung des Frauenstimmrechts ist nicht ausgeschlossen.

Vandervelde über die Räumungsfrage.

Der belgische Außenminister Genosse Vandervelde nahm am Mittwoch im Verlauf der Kammerdebatte über die Regierungserklärung ebenfalls das Wort. Er führte u. a. aus:

„Was die Politik gegenüber Deutschland anbelangt, so werde ich nicht, wie einige meiner Vorredner befürchten, der Versuchung unterliegen, die Kräfte der deutschen Demokratie zu hoch einzuschätzen. Aber die Frage ist berechtigt, ob Herr Jasper, als er das Außenministerium leitete, diese Demokratie nicht unterschätzt hat und damit die Kräfte jener, die jenem des Rheins eine imperialistische Revanchepolitik treiben mochten, nicht überschätzt hat. Herr Devezze fragt mich: „Werden wir nicht die Rheinbarriere zu früh aufgeben?“ Was heißt das: die „Rheinbarriere“? Es kann sich zunächst nur um die Räumung der Ruhr und der Kölner Zone handeln. In dieser Frage wird die Regierung die Politik ihrer Vorgänger fortsetzen. Die Ruhrfrage ist in London entschieden worden, und am 16. August gaben die Herren Herriot, Theunis und Hymans eine Erklärung ab, wonach das Ruhrgebiet innerhalb eines Jahres geräumt werden würde, sofern Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nachkomme. Wohlan, die Reparationskommission hat vor einigen Tagen erklärt, Deutschland lei seinen Reparationsverpflichtungen, so wie sie im Dawes-Plan festgesetzt sind, getreu nachgekommen. Im Beifolg dieser Erklärung hat die französische Regierung bei der belgischen angefragt, ob diese damit einverstanden ist, daß dem Deutschen Reich ein Beweis des Wohlwillens gegeben und die Ruhr vor dem 16. August geräumt wird. Die belgische Regierung hat auf diese Anfrage der französischen Regierung bejahend geantwortet. Was jedoch die Kölner Zone anbelangt, so erklärte die Kontrollkommission, daß die deutschen Verpflichtungen in bezug auf die Entwaffnung nicht erfüllt seien. Folglich, ehe diese erste Zone geräumt werden kann, muß Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen über diesen Punkt, wie sie in der letzten Note der Alliierten an Deutschland umschrieben sind, erfüllt haben. Wenn das geschehen ist, dann wird die Kölner Zone geräumt. Das dürfte ein glücklicher Tag werden, denn an jenem Tage wird ein großer Schritt in der Richtung des Weltfriedens getan sein.“

Gegen den Marokkokrieg.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine Reihe bekannter Schriftsteller und Intellektueller unter Führung von Henri Barbusse veröffentlichten einen scharfen Protest gegen die Fortführung der Feindseligkeiten in Marokko. Der Aufruf unterstreicht den imperialistischen Charakter der militärischen Aktion und warnt vor internationalen Folgen, die dieser Kolonialkrieg auszulösen drohe. Er wendet sich weiterhin gegen die Geheimdiplomatie, die man im Versailler Vertrag abgeschlossen hat. Außerdem protestiert der Aufruf gegen die Grausamkeiten, die von beiden Seiten auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz verübt wurden und fordert das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der Völkerbund möge durch sofortiges Eingreifen zugunsten eines Friedensschlusses seine Existenz rechtfertigen. Dieser Aufruf, der der gesamten Presse zugänglich ist, wurde bisher nur von „Humanité“ und „Cris Nouvelle“ veröffentlicht.

Sonderbares aus Sondershausen.

Ober: Warum hält der Herr Staatsanwalt die Robe zu?

Aus Sondershausen wird uns geschrieben: In der Verhandlung gegen drei Parteigenossen, die sich am Mittwoch wegen angeblichen Meineides vor der hiesigen Strafammer zu verantworten hatten, fiel es allgemein auf, daß der antretende Staatsanwalt andauernd seine Robe ängstlich zusammenhielt. Jedermann fragte sich: was birgt er unter dem Gewande? Sollte der Herr Staatsanwalt eine Blöße zu verdecken haben, gleichwie Susanne im Bade? Plötzlich ging einmal die Robe auf! Und was zeigte sich? Ein richtiggehendes oder richtiggehendes Stahlschwert! Der Verteidiger, Genosse Dr. Rosenfeld, Berlin sprang auf und erklärte, er sei nicht genossen, unter dem Zeichen des Stahlhelms zu verhandeln. Er forderte die Entfernung dieses monarchistischen Abzeichens aus der Verhandlung eines von der Republik eingeführten Gerichtshofes. Allgemeine Verwirrung! Man mußte am Richterisch nicht recht, was man machen sollte. Da — erhob sich schließlich der Staatsanwalt und — mit einer nicht zu beschreibenden Gebärde nahm er den Stahlhelmschwert von seiner Brust und ließ ihn in die Tiefen seines Gewandes verschwinden. Man kann sich vorstellen, welche moralische Eroberungen die republikanische Justiz mit diesem stahlhelmbekleideten Staatsanwalt gemacht hat, und welches Vertrauen unsere angeklagten Genossen, deren Prozeß übrigens verlagert wurde von der „objektivsten Behörde der Welt“ entgegenbringen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Wortbruch der Regierungsparteien.
Protest des ADB.

Der erweiterte Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 1. Juli folgende Entschließung zur Befolgungsfrage einstimmig angenommen:

„Der Reichsfinanzminister hat die Befolgungsänderung vom November 1924, gemessen an den wirtschaftlich berechtigten Bedürfnissen der Beamtenschaft, selbst als unzulänglich bezeichnet und die Unmöglichkeit einer weitgehenden Aufbesserung lediglich mit den schlechten Finanzverhältnissen des Reichs begründet. Bei der Beratung des Etats zeigte sich jedoch, daß die Finanzverhältnisse des Reichs es damals wohl gestatteten, die Forderungen der Beamtensorganisationen zu erfüllen, wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre.“

Die politischen Parteien haben ausnahmslos versprochen, diesen von ihnen als durchaus ungerichtet gekennzeichneten Zustand im neuen Reichstag schnellstens zu beseitigen. Trotzdem haben die Regierungsparteien es bis heute, im Laufe von sechs Monaten, dauernd verhindert, daß der in erschreckend großer Not lebenden unteren und mittleren Beamtenschaft auch nur die geringste Aufbesserung ihrer Bezüge zuteil geworden ist. Sie bemühen sich vielmehr, auch gegenwärtig noch durch ihre verzögernde Taktik die Verwirklichung der besten Vorschläge und Anregungen zu verhindern, in engster Anlehnung an die Regierung, die in ihren Denkschriften zum Ausdruck gebracht hat, daß sie eine Erhöhung der Beamtenebezüge ablehnt.

Der erweiterte Vorstand des ADB erhebt hiergegen scharfen Protest. Er stellt fest, daß die Reichsregierung und die Regierungsparteien sich die unsoziale Denkwelt des privaten Unternehmertums völlig zu eigen gemacht haben

und unter kritischer Befolgung privatkapitalistischer Methoden sich bemühen, die Lebenshaltung der Beamten, sowie der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft auf einem unerhöht tiefen Niveau zu erhalten und dadurch die volkswirtschaftlich und technisch falsche Produktionspolitik zu decken.

Die Lebenshaltungskosten sind von Monat zu Monat gewachsen, der Lebenshaltungssindex von 135,7 im Durchschnitt des Monats Mai ist auf 138,5 im Durchschnitt des Monats Juni, d. h. also um 2,1 Prozent gestiegen. Diese Steigerung ist im wesentlichen durch das Anziehen der Preise für Ernährungsmittel hervorgerufen worden, und eine große Anzahl von Waren, die für die Lebenshaltung in erster Linie in Frage kommen, haben eine noch stärkere Steigerung erfahren. Ungeachtet aber dieser Tatsache trägt die Regierung in ungebrochener einseitiger Interesse des Unternehmertums durch Schaffung immer neuer Posten auf den einzelnen Gebieten des täglichen Lebens fortgesetzt dazu bei, daß die Arbeitnehmerschaft, dieser wichtigste und edelste Bestandteil der deutschen Wirtschaft, einer völligen Verelendung zugeführt wird.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund verlangt, daß mit dieser staatsgefährlichen Politik endlich ein Ende gemacht wird und erwartet, daß alle Parteien endlich dazu übergehen, ihre Versprechungen zu verwirklichen und der Beamtenschaft der unteren und mittleren Befolgungsgruppen eine ausreichende Erhöhung ihrer Bezüge unverzüglich beschaffen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund fordert von allen verantwortlichen Instanzen, nach den Grundsätzen wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit zu handeln und wagt eindringlich vor der Gefahr, daß das bereits stark erschütterte Vertrauen der Beamtenschaft völlig untergraben wird.“

Zum Abbau bei der Reichsbahn.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft teilt mit:

In letzter Zeit werden in der Deffenlichkeit Personalverhältnisse bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft erörtert. Wie wir uns selbst überzeugt haben, sind diese Nachrichten 3. T. entstellend, 3. T. direkt unrichtig. Herr Generaldirektor Defer ist von seinem längeren Urlaub in gutem Gesundheitszustand zurückgekehrt und nimmt die Geschäfte des Generaldirektors mit voller Energie wahr, so daß die Erörterung einer evtl. Nachfolgerschaft durchaus müßig ist. Sie wird es um so mehr, als Generaldirektor Defer sich zu seiner Unterstützung einen ständigen Vertreter, den Präsidenten Dorpmüller von Essen, herangezogen hat.

Also Herr Defer ist nicht fallgestellt. Er nimmt die Geschäfte „mit voller Energie“ wahr. Und eben deswegen hat er jetzt „einen ständigen Vertreter“. Solange er krank war, brauchte er keinen. Nun er aber gesund ist und wieder seine „volle Energie“ besitzt, muß er einen ständigen Vertreter haben. Der Verfasser dieser Notiz versteht es, die drolligsten Dinge mit ernstster Miene zu sagen.

Metallarbeiterverband auf dem Vormarsch.

Gegen Zolltarif, für Achtstundentag.

München, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes — etwa 100 Vertreter aus allen Reichsgebieten — tagte am 29. Juni und 1. Juli in München. Genosse Dilmann hielt ein eingehendes Referat über die Arbeiten und Aufgaben des am 30. August in Breslau beginnenden Gewerkschaftskongresses. Sowohl der Referent wie die Diskussionsredner vertraten die Auffassung, daß sich die Gewerkschaften mehr als bisher mit den Wirtschaftsfragen beschäftigen müssen. Aus diesen und vielen anderen zwingenden Gründen (einheitliche Gewerkschaftsarbeit, Konzentration der Kräfte usw.) wären endlich Industrieverbände notwendig. Schließlich wurde noch der Volksentscheid zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefordert. Einmütig wurden mehrere Anträge an den nächsten Gewerkschaftskongress zum Beschluß erhoben, in denen es heißt:

1. „Der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress befähigt in der Organisationsfrage erneut die vom Leipziger Kongress zum Beschluß erhobene Entschließung Dismann, Baepfow, Hüfemann, Träger, Haueisen, Thomas, Krause, Müntner, Simon, Schrader und Schumann, die eine Aenderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechtes für notwendig erachtete, und die Schaffung einheitlicher Industrieverbände gefordert hat. Einheitliche Industrieverbände sind das zu erstrebende Ziel. Diesem Zweck soll die Vorlage dienen, die neben allgemeinen Richt-

linien einen Organisationsplan für den Aufbau von Industrieverbänden vorzieht.“

2. „Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeifrage mit gleichzeitiger Sicherung des Achtstundentages und einer dreifachen Erhöhung in kontinuierlichen Betrieben ist dringend erforderlich. Die Reichsregierung ist jedoch keineswegs bemüht, die Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu beschleunigen, sondern ihre Verschleppungstaktik tritt immer deutlicher hervor. Der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die Reichsregierung zur baldigen Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage aufzufordern. Lehnt die Regierung die Einbringung einer Vorlage innerhalb eines zeitlich befristeten Termins ab, dann ist der im Jahre 1924 vom Ausschuss des ADB beschlossene Volksentscheid zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durchzuführen. Zu diesem Zweck müssen alle Kräfte der werktätigen Klassen in Stadt und Land mobilisiert werden, um durch eine weltumfassende Bewegung dem Volksentscheid einen Erfolg zu sichern.“

Ueber die Entschließung zum Zolltarif berichten wir an anderer Stelle.

Ueber Organisations- und Finanzfragen des DMB berichten die Genossen Brandes und Schopf. Der Verband ist über die schwersten Krisenzeiten hinweg. Die vielen und langandauernden Kämpfe mit dem Unternehmertum haben die Organisation trotz schwerer Belastungsproben sowohl äußerlich wie innerlich gefestigt. Allein das erste Quartal dieses Jahres brachte eine Mitgliederzunahme von über 50 000. Auch das laufende Quartal zeigt weitere Fortschritte.

Verbandstag der Hutarbeiter.

Köln, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In der Donnerstagssitzung des Hutarbeiterverbandes sprach der Hauptvorsitzende Brösche über die Tarifverträge in der Hut- und Filzindustrie. Der Redner wies darauf hin, daß die Unternehmer wieder die Alleinherrschaft im Betriebe erkräbten. Sie lausen jetzt Sturm gegen den Entwurf eines Arbeitsvertrages, obwohl dieser noch bei keiner Instanz beraten worden ist. Vor allen Dingen wenden sich die Arbeitgeber gegen die Arbeitslosenversicherung. Der Redner geht dann eingehend auf die Verhältnisse in der Strohhutindustrie ein. Hier seien zwar die Arbeitgeber noch Anhänger der Tarifverträge, aber diese Stellung ergebe sich lediglich aus wirtschaftspolitischen Interessen. In der Filzhutindustrie lägen die Verhältnisse für die Arbeiter ungünstiger. Die Filzindustriellen seien dem Textilindustriellenverband angeschlossen und demgemäß an die Beschlüsse dieser Organisation gebunden. Die ungünstigen Verhältnisse seien in der Woll- und Haarkutindustrie anzuerkennen. Hier seien die Arbeitgeber die typischen Vertreter der Tarifvertragsgegner. Schon drei Jahre lang liege der Deutsche Hutarbeiterverband im Kampf mit diesen Arbeitgebern. Der größte Betrieb in der Woll- und Haarkutindustrie, die Berlin-Gubener Aktiengesellschaft, befinde sich in den Händen von Großkapitalisten der Deutschen Bank und der Darmstädter und Nationalbank. Für diese Gruppen sei natürlich nur das kapitalistische Interesse maßgebend. Aber die Organisation der Hutarbeiter müsse geschlossen den Kampf gegen die Arbeitgeber aufnehmen. Nicht Abbau, sondern Ausbau der sozialrechtlichen Bestimmungen sei das Gebot der Stunde.

An das Referat knüpfte sich eine sehr lebhaft debattierte. Am Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Hutarbeiter Deutschlands läßt durch ihre gewählten Vertreter erklären, daß sie den Kampf gegen die sozialreaktionären Bestrebungen der Arbeitgeberverbände aufnehmen und Tarifverträge ablehnen, die eine einseitige Bindung nach der Lohn- und Arbeitszeitseite bringen.“

Der Verbandstag stimmte dann der Verlegung des Verbandstages nach Berlin zu. Schließlich wurde der bisherige Vorsitzende wiedergewählt.

40 Jahre Lithographen- und Steindruckerorganisation.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe veranstaltete am Mittwoch ansäglich ihres 40jährigen Bestehens und zu Ehren ihrer Veteranen eine Festveranstaltung im Lehrervereinshaus, zu der alle Funktionäre und die Mitglieder, die seit mehr als 25 Jahren dem Verbände angehören, geladen waren. Die Darbietungen der Mitwirkenden, von denen besonders der Kammerjäger Waldemar Henke von der Staatsoper und der Berliner Sängerchor viel zur Verschönerung des Abends beigetragen haben, gaben im Verein mit dem äußerst geschmackvoll hergerichteten Festsaal der Veranstaltung ein weiches Gepräge. Ungefähr 500 Anwesende folgten der Führung des Genossen Gustav Hoffmann, des Vorsitzenden der Mitgliedschaft Berlin, der die Geschichte und Geschichte des Verbandes aufrollte und in seinen Worten derer gedachte, die in langjähriger Treue zu ihrem Verbände gehalten haben. Er betonte, daß gerade die Mitglieder des Lithographenverbandes sich aus durch die politischen Wirren der Nachkriegszeit nicht haben irremachen lassen und somit die Schlagkraft des Verbandes gewahrt haben. In ergänzendem Sinne sprach auch der Genosse Herbst, 2. Vorsitzender des Verbandes, der besonders im Schluß seiner Rede auf die Bedeutung des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse hinwies, mit dessen Hilfe es nur möglich sei, die kapitalistische Profitwirtschaft durch die sozialistische zu ersetzen. Seine Worte machten auf die Versammelten einen zündenden Eindruck, denn alle erhoben sich und sangen die „Internationalen“. Die Veranstaltung, die nur eine Vorfeier für das Sommerfest am Sonnabend in Treptow war, wird bei allen Anwesenden einen unergelichen Eindruck hinterlassen haben.

Konflikt im Kohlenhandel.

Im Berliner Kohlenhandel, wo der Lohnvertrag von den Arbeitnehmern zum 10. Juni gekündigt wurde, ist von dem Schlichtungsausschuss ein Schiedsspruch gefällt worden, der folgende Löhne vorsah:

Vom 10. 6. bis 30. 7. pro Stunde 88 Pf., vom 31. 7. bis 27. 8. 90 Pf., vom 28. 8. bis 15. 10. pro Stunde 92 Pf. Am Montag nahmen die Arbeitnehmer zu diesem Spruch Stellung, der einstimmig abgelehnt wurde. Von den Arbeitgebern ist der Spruch ebenfalls abgelehnt worden. (Siehe Versammlungsanzeige.)

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Gasarbeiter.

Für die in den Berliner Gaswerken beschäftigten Arbeiter, die dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angeschlossen sind, waren bei Ablauf des Lohnabkommens Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf. gestellt worden. Verhandlungen zwischen den Direktionen und der Gewerkschaft führten zu keiner

Einigung. Es fanden alsdann am 29. Juni Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss statt. Dieser fällt schließlich folgenden Schiedsspruch:

„Das bestehende Lohnabkommen wird bis auf weiteres verlängert und kann, mit vierzehntägiger Frist, erstmalig am 1. August gekündigt werden.“

Eine Versammlung der Funktionäre der Gasarbeiter, die gestern abend im Verbandsbau stattfand, lehnte diesen Schiedsspruch nach längeren Ausführungen des Branchenleiters Behner und nach scharfer Kritik des Verhaltens der Direktionen einstimmig ab. In den nächsten Tagen soll eine allgemeine Versammlung der Gas- und Wasserwerke stattfinden, in der dann alle weiteren Beschlüsse zu fassen sind.

Keine Verhandlungen für die Gemeindearbeiter!

Der Zentralrichtungs-ausschuss für Tariffachen der Gemeinden und Kommunalverbände, der sich gestern mit den Forderungen der Gemeindearbeiter der Stadt Berlin befassen sollte, war beschlußunfähig! Die Arbeiter der Berliner städtischen Kammerei- und Regiebetriebe werden zu dem durch die Ablehnung des Magistrats und dem Veragen des Zentralausschusses geschaffenen Zustand ungedeh Stellung nehmen. Das Veragen des Zentralrichtungs-ausschusses muß jedenfalls das größte Bestremden hervorrufen.

Betriebsrätewahl bei der Deutschen Reichspost.

In der Zeit vom 16. bis 18. Mai d. J. fand im gesamten Reichsgebiet die Wahl zum Zentralbetriebsrat der Deutschen Reichspost statt. Sie brachte einen vollen Erfolg für die Liste der freien Gewerkschaften. Es waren zwei Listen aufgestellt: die des Deutschen Verkehrsverbands und die der (christlichen) Deutschen Postgewerkschaft. Im gesamten Reichsgebiet wurden abgegeben für den Deutschen Verkehrsverbund 84 302, für die Deutsche Postgewerkschaft 7606 Stimmen. Es sind somit als Mitglieder des Zentralbetriebsrats der Deutschen Reichspost gewählt: 10 Vertreter des Deutschen Verkehrsverbundes und ein Vertreter der Deutschen Postgewerkschaft.

Schiedsspruch in der bergischen chemischen Industrie.

Barmen, 2. Juli. (MfB.) Der staatliche Schlichtungsausschuss fällt für die bergische chemische Industrie einen Schiedsspruch, wonach die Löhne des Lohnabkommens vom 11. Februar 1925 um 5 Proz. erhöht werden. Der Lohn der Handwerker über 24 Jahre soll von 69 auf 73 Pf. steigen. Diese Regelung gilt von der laufenden Woche ab und kann mit 14tägiger Frist gekündigt werden. Erklärungsfrist bis einschl. 7. Juli.

Ersparnisse auf Kosten des Personals.

London, 2. Juli. (MfB.) Im Anschluß an die kürzlich abgehaltene Besprechung zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihren Angestellten über die Frage der gegenüber dem ersten Rückgang der Verkehrseinnahmen zu erzielenden Ersparnisse an Betriebskosten haben die Gesellschaften nunmehr den Eisenbahngewerkschaften ihre Vorschläge zugehen lassen. Die Annahme dieser Vorschläge würde, wie es heißt, für die Gesellschaften eine sofortige Ersparnis von ungefähr 6 Millionen Pfund jährlich bedeuten. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß die Gesellschaften eine einheitliche Kürzung um 5 Proz. am Einkommen sämtlicher Angestellten einschließlich der Direktoren vorschlagen und die jetzt zum Teil nicht oder nur mit beschränkter Arbeitszeit beschäftigten Eisenbahnwerkstätten wieder voll beschäftigen wollen. Das vorgeschlagene neue Abkommen soll zunächst ein Jahr auf Probe gelten.

50 000 belgische Metallarbeiter im Ausstand.

Brüssel, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der belgischen Metallarbeiter ist allgemein im Hennegau und in Gent. In Brüssel wird zum Teil gestreikt, in Lüttich und Antwerpen wird noch gearbeitet. Die Zahl der Streikenden beträgt rund 50 000.

Die Verhandlungen im englischen Bergbau.

London, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter haben am Donnerstag ihre Vorschläge für die Herabsetzung der Löhne dem Exekutivkomitee der Bergarbeitergewerkschaft übermittelt. Am Freitag wird eine Sonderdelegiertenversammlung der Bergleute über das Angebot Beschluß fassen.

Transportarbeiter der Metallindustrie!

Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Capulier 22/25. Massenversammlung aller in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Feder-, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter und -arbeiterrinnen. Tagesordnung: Die Kündigung des Lohnvertrages für die Hilfs- und Transportarbeiter der Metallindustrie. Das Mittelortell.

Deutscher Verkehrsband, Section II, Kohlenarbeiter und Ausfuhr. Am Sonnabend abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Volksversammlung, in der die Kohlen zu der Bewegung Stellung nehmen.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dietrich: Schifffahrt: Arthur Selzer; Gewerkschaftsredner: R. Gieseler; Amalbeton: Dr. John Schimowitz; Lokales und Sonstiges: Reich: Karl Müller; Auswärtiges: Th. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Diese 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Die echten holländischen

POLAK
PUBBINGE

Tubel im Haus!
Mändelchen-Schmaus.

ENVER BEY GOLD 518 ENVER BEY TULIA 618

Kinderschut, eine Pflicht der Gemeinde

Unsere Stadtverordnetenfraktion fordert städtische Krippen und Hort.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern mit Eifer und Ausdauer gearbeitet, weil der bevorstehende Ferienanfang zur Erledigung wichtiger Reste drängte. Beschlossen wurde u. a. der Verkauf eines Teiles des Ritterguts Brüh zum Bau von Wohnungen und der Weiterbau der von dem privaten Unternehmer im Stich gelassenen und auf die Stadt übergegangenen Schnellbahn Gesundbrunnen-Neußölln. Bei einem Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, die für das Kranken- und Pflegepersonal die Wiedereinführung des Achtstundentags fordert, brachten die rechtsstehenden Fraktionen es fertig, die Dringlichkeit zu bestreiten. Der Magistratsantrag, dem Evangelischen Krippenverein in Steglitz ein Hypothekendarlehen zu gewähren, führte zu einer Debatte über die Pflicht der Gemeinde, eigene Krippen und Hort zu schaffen. Genosse Kreuziger begründete einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die den Magistrat auf diese Pflicht hinweist. Ein Schulmann von den Deutschnationalen und ein Pastor von der Deutschen Volkspartei bekämpften diesen Antrag, aber er drang mit knapper Mehrheit durch. Heftig stritten die rechtsstehenden Fraktionen samt den Kommunisten gegen einen von den Demokraten und dem Zentrum gestellten Antrag, für die drei sozialdemokratischen Stadträte: Brühl, Schünning und Wutzky eine Gehaltserhöhung zu beschließen. Als Genosse Reimann hier den Kommunisten wieder einmal ein paar unheimliche Wahrheiten sagte, antworteten sie mit wütendem Lachen. Daß unsere Genossen Brühl, Schünning und Wutzky in ihren Leistungen den sogenannten 'Fachstadträten' nicht nachsehen, vermögen auch die Bürgerlichen nicht zu bestreiten. Die Sitzung endete in Beschlußunfähigkeit. Am Freitag findet die angekündigte Sitzung nicht mehr statt.

In der gestrigen ordentlichen Sitzung der Stadtverordneten erfolgte zunächst die Einführung der neu gewählten Frau Stadträtin Kausler durch den Oberbürgermeister Böhl in besonders feierlicher Weise; die Kommunisten nahmen in ihrer Weise an dem feierlichen Akte teil. Sie wurde dann auf die Verfassung vereidigt. Auch der Vorkteher, Gen. Hoff, hieß dann das neue Magistratsmitglied namens der Versammlung willkommen. Eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen des Magistrats fand rasche Erledigung: für die Aufstellung eines Holzhauses und einer Viegehalde auf dem Gelände des Ambulatoriums für tuberkulöse Kinder in der Oberwallder Straße wurden 81000 M., für eine Zentralheizungsanlage im Gymnasium zum grünen Kloster 61000 M. bewilligt. Eine Anfrage der Kommunisten knüpfte an den Moskauer Escheprozeß gegen die deutschen Studenten Kundermann und Wolfst an und verlangt Auskunft über die etwaige Verwendung städtischer, für das deutsche Studentenwerk hergegebener Gelder im Interesse der Befreiung von Sowjetrußland. Die Anfrage geht an den Magistrat. Hierauf wurde in die zweite Beratung der Vorlage wegen

Verkauf eines Teils des Ritterguts Brüh

eingetreten. Zur Geschäftsausschreibung verlangte Dörr (Komm.) das Wort, aber nicht, um über Brüh zu reden, sondern um den Vorkteher zu fragen, weshalb der sonst übliche Vermerk über Einführung eines Magistratsmitgliedes auf der Tagesordnung im Falle Kausler unterblieben sei. Es sei ja Geschäftssache, ob man sich auf einen „gestohlenen“ Magistratsrat setze oder nicht; schärfster Protest sei aber einzulegen gegen die schwere Gefesselterklärung, deren sich der Oberpräsident und der Magistrat dadurch schuldig gemacht hätten, daß sie die Vorschriften, wonach die Befragung der unbedingten Stadtratsstellen nach der Verhältniszahl der Fraktionen erfolgen müßte, ignorierten. Im Laufe seiner Bemerkungen entfernte sich Dörr gänzlich aus den Schranken der Geschäftsausschreibung und zog sich wegen des „gestohlenen“ Magistratsrates einen doppelten Ordnungsruf, später noch einen dritten zu. Der Vorkteher, Gen. Hoff, stellte fest, daß er durchaus korrekt verfahren sei; am Montag habe ihm der Oberbürgermeister die Befreiung der Frau Kausler mitgeteilt; am Dienstag

seien die Fraktionen durch den Vorkteher davon verständigt worden, mit dem Zusatz, daß die Einführung erfolgen könne; keine Vorschriften der Städte- oder Geschäftsordnung hindere das. Zum Punkte Brüh sprach niemand. Der Antrag der Gegner des Verkaufs an die Ein-Familienhaus G. m. b. H., den Verkaufspreis von 220 auf 250 M. pro Quadratmeter zu erhöhen, wurde abgelehnt, der Verkauf nach den Ausschuhvorstellungen beschlossen. Dem Weiterbau der UEG-Schnellbahn wurde grundsätzlich zugestimmt und der Magistrat um eine Vorlage für die Finanzierung erucht. Bei der Abstimmung über die Errichtung einer Krankenkasse für die Beamten und Festangestellten der Stadt Berlin fielen die Gegner mit ihrem Antrage auf nochmalige Ausschuhberatung ab; mit großer Mehrheit beschloß die Versammlung im Sinne der Magistratsvorlage nach den Ausschuhanträgen. Die Vorlage wegen Ausführung eines Straßentunnels unter dem Potsdamer Außenbahnhof im Zuge der Fürfürten- und der Schöneberger Straße ging an den Haushaltsauschuß zurück; zurzeit sind Mittel für dieses Bauunternehmen nicht verfügbar. Frau Klosew (D. Sp.) referierte darauf über die Magistratsvorlage, die

dem Evangelischen Krippenverein in Steglitz 25 000 M. als hypothekarisches Darlehen

zu einem Umbau oder Neubau bewilligen will. Die Ausschuhmehrheit habe die Bewilligung beschlossen, aus parteipolitischen Gründen habe ein Teil der Ausschuhmitglieder die Sitzung verlassen. Nachdem Frau Friedenthal (Dem.) für die Bewilligung eingetreten war und empfohlen hatte, in den Vorstand des Steglitzer Vereins auch den Magistrat und das Bezirksamt Steglitz durch je einen St. Vertreter zu lassen, führte Gen. Kreuziger folgendes aus: Im Ausschuh hat man heute, als man einer Mehrheit sicher war, schon nach kaum einer halben Stunde gemeint, nun sei ja alles in erwünschtester Weise geklärt. Wir waren durchaus nicht dieser Meinung; aber die Ausschuhmehrheit hat die Opposition verweigert. Wir haben die Ausschuhsetzung beschlossen, um an das Plenum zu appellieren. Den Vorkteher, wir seien gegen die Betreuung der Kinder, brauchen wir nicht noch erst zurückzuweisen, unsere ganze Parteigeschichte beweist das Gegenteil. Wir halten aber gerade hierfür eine generelle organisatorische Regelung für ein unbedingtes Gebot. Es hat keinen Wert, an einzelnen Stellen Versuche mit Krippen u. dgl. zu unternehmen, wir wünschen vielmehr, daß diese Angelegenheit von der Gemeinde in die Hand genommen werde und daß nach einem großzügigen Plan Krippen überall dort, wo sie notwendig sind, errichtet werden. Einen solchen Plan haben wir schon vor einem halben Jahr vom Magistrat verlangt. Wir hören, daß 700 000 M. für diesen Zweck erforderlich sind; was spielen denn diese 700 000 M. bei einem 550-Millionen-Etat für eine Rolle? Es ist doch sinnlos, immerfort mit großer Geiste und erhebender Stimme für die Kinder, „unser kostbares Gut“, zu demonstrieren, aber im entscheidenden Augenblick zu verstummen, weil kein Geld da sei (Unruhe rechts). Es ist ein Skandal, daß eine Viermillionenstadt ganze drei Kinderkrippen aufzuweisen hat! Wir lehnen die Vorlage ab und verlangen vom Magistrat eine Gesamtvorlage über die Errichtung städtischer Krippen, und bitten um Annahme dieses Antrags. Frau Rosenhol (Komm.) verwarf gleichfalls die Unterstützung der Steglitzer Krippe und beantragte die sofortige Wahl eines Ausschusses. Troll (Dnat.) und Kröpelin (D. Sp.) verwendeten sich für die Bewilligung des Darlehens. Vor der namentlichen Abstimmung, die beantragt war, erledigte das Bureau in der Befürchtung, daß künstlich die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt werden könnte, sämtliche Vorlagen, bei denen eine Wortmeldung nicht vorlag. So wurden 100 000 M. bewilligt für Errichtung einer offenen Abteilung für Rentenkranke bei der Irrenanstalt Dörfdorf; die Aufhebung des Hypotheken-Einigungsamts wurde beschlossen und die Ordnung über die Erhebung von Vorausleistungen für die Wegeunterhaltungen einem Ausschuh überwiesen. In der nunmehr vorgenommenen namentlichen Abstimmung über den Antrag Kreuziger erhielt dieser mit 93 gegen 89 Stimmen die Mehrheit. Damit erledigten sich alle sonstigen Anträge, doch wurde noch längerer Streit auch noch eine Abstimmung über den Antrag der Kommunisten vorgenommen, wobei auch dieser Antrag der Ablehnung verfiel. Auf Antrag sämtlicher Parteien, ausschließlich der Kommunisten, beschloß die Versammlung, den Antrag unserer Genossen

betr. die Wasserversorgung und die Charlottenburger Wasserwerke einem sofort zu wählenden Ausschuh zu überweisen. Weiter kam ein

Dringlichkeitsantrag Heimann und Genossen

zur Verteilung: „Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, für das tarifliche Krankenpflegepersonal der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten entsprechend den Richtlinien für die Arbeitszeit der Schwedern, den Achtstundentag wieder einzuführen“. Der Antrag stieß bei der Rechten auf Widerspruch. (Unruhe links.) Die folgenden Verhandlungen und Beschlußfassungen vollzogen sich unter wachsendem Lärm und Spektakel in der Versammlung, dessen auch der amtierende Vorkteher-Stellvertreter Dr. Caspari zeitweise nicht Herr werden konnte. Unter diesen Umständen ging bei einer Reihe von Gegenständen der Inhalt der Referate und der Vorlauf der Ausschuhvorstellungen für die Pressebatt völlig verloren. Zur Aufnahme von Hypotheken für das Bauvorhaben der Pankower Heimstätten-G. m. b. H. auf den städtischen Grundstücken in Berlin-Weißensee, Trarbacher Str. 16/18, und zur Aufnahme einer Hypothek für Bauvorhaben städtischer Gesellschaften hat der Ausschuh keine Zustimmung erteilt und gleichzeitig beantragt, daß in Zukunft bei ähnlichen Anlegenheiten an Stelle von Paktoverträgen das Erbbaurecht zu wählen ist. Mit großer Begeisterung betämpfte Fedler (Dnat.) diese Abstimmung, die vom Gen. Guffenmnd ebenso lebhaft beantwortet wurde. Die Mehrheit entschied für das Erbbaurecht.

In Erledigung des Antrages Merzen-Lange hat der Haushaltsauschuß am 2. Juli beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, die Gehälter der Nichtfachstadträte nach Einzelgehalt II festzusetzen. Betroffen werden durch diese Höherstufung die Stadträte Genossen Brühl, Schünning und Wutzky, die auch nach der Auffassung bürgerlicher Kollegen in musterwürdiger Weise ihre Funktionen erfüllt haben und jetzt, nach fünf- bis sechsjähriger Bewährung, endlich den Fachstadträten gleichgestellt werden müssen. Der Ausschuh hat mit 13 gegen 11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung diesen Beschluß gefaßt. Von der Rechten war namentliche Abstimmung beantragt. Merzen (Dem.) setzte sich für den Ausschuhantrag ein; Dehlfesthen (Dnat.) warnte vor den Konsequenzen einer solchen Beschlußfassung mit Rücksicht auf die Bezirksbürgermeister und Bezirkskadrate; man dürfe diese ersten Schritt von dieser Konsequenzen wollen nicht tun. Lange (Z.) hielt diese Konsequenzen nicht für gegeben; es handle sich hier einfach um die Beseitigung eines jahrelangen Unrechts. Dörr (Komm.) benutzte die Gelegenheit, wieder einmal eine Schimpftirade gegen die Sozialdemokratie loszulassen. Als sich Gen. Reimann zum Wort meldete, bezweifte Dörr die Beschlußfähigkeit. Das Bureau ließ aber die Beschlußfähigkeit fest. Ein von Dörr hierauf gestellter Vertagungsantrag wurde abgelehnt; die Verhandlung nahm ihren Fortgang. Gen. Reimann: Kollege Dörr wird sich nicht verlangen, daß ich auf seine abernen Ausführungen eingehle. (Redewort.) Wenn die städtischen Arbeiter von den Anträgen der Kommunisten leben sollten, wären sie längst verhungert.

In den Ausschüssen für die Festsetzung der Löhne haben die Kommunisten fast immer durch Abwesenheit geglänzt.

(Sturm der Entrüstung bei den Kommunisten. Der Vorkteher auf eine Anzahl Zwischenrufer zur Ordnung. Es herrscht undeutlicher Lärm.) Hier muß man nach dem Sprichwort urteilen: Wer schimpft, hat unrecht. Die Festsetzung der Löhne haben die Kommunisten fast immer der Sozialdemokratie überlassen. (Zündender Spektakel.) Herr Dörr darf versichert sein, daß wir ihm nichts schenken werden. Zur Steuer der Wahrheit stelle ich fest, daß ich in der letzten Sitzung Herrn Merzen gebeten habe, diesen Antrag nicht zu stellen oder ihn zurückzuziehen; er erwiderte, er werde das nicht tun. Und nun haben wir keine Ursache, die Arbeit unserer Stadträte schlechter einzuschätzen als die der Sitzanswärtigen; wir werden für den Antrag stimmen. Die Rechte hat zum Teil mit wahrer Wollust den Ausführungen des Herrn Dörr gelauscht. Wir haben doch alle Ursache, soweit wir als ernste Politiker angesprochen werden wollen, diesen Hanswurstduden nicht derart gegenüberzutreten. (Ordnungsruf. — Heilerufe.) Nach der neulichen Beschlußfassung zum Gehalt des Stadtbaurats sagte mir Dr. Steiniger: Wenn Sie jetzt eine Erhöhung für Ihre Leute beantragen würden, würde ich mit einem Teil der Fraktion dafür stimmen. Damit hat er eine gerechtere Würdigung der Arbeit der Nichtfachstadträte bewiesen. Es muß schlecht um die Argumente einer Partei bestellt sein, wenn sie glaubt, im Wahlkampf mit so erbärmlichen kleinlichen Mitteln Erfolge erringen zu können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Weiter sprachen noch Caspari (D. Sp.) und Verlöfke (Wirtschaftspartei) gegen den Ausschuh-

Die Baumwollplücker. Roman von B. Travon. Copyright 1925 by B. Travon, Columbia, Tennessee, Mexico. Als einige der Peons schon soweit waren, aufzustehen, sprangen Antonio und Gonzalo plötzlich auf, warfen ihre großen Hüte hoch in die Luft und begannen mit schrillen Stimmen zu singen: Es trägt der König meine Gabe, Der Millionär, der Präsident — Die Leute hörten sofort auf, an ihren Tieren zu arbeiten und standen stille wie Soldaten nach einem Kommando. Sie wußten nicht, was I. W. W. war, was eine Organisation bedeutet, was eine Klasse sei. Aber der Gesang hämmerte auf sie ein, schmiedete sie zusammen zu einem ehernen Block, und als der erste Refrain wiederholt wurde, sang bereits das ganze Feld. Was vielleicht geschehen könnte, wenn der letzte Refrain beginnt, wußte ich. Ich habe es erlebt. Der Gesang, so einfüßig und schlicht in seiner Melodie, aber so feiernd wie feinsten Stahl in seinem klingenden Rhythmus, steckte mich an. Ich konnte nicht anders, ich begann, das Lied mitzuschlingen. „Natürlich! Sie auch!“ sagte Mr. Shine, halb ironisch, halb selbstverächtlich zu mir. „Ich hab’s ja gewußt!“ Als der zweite Refrain erklang, wendeten sich die Leute, die bisher zwanglos in einer lockeren Gruppe bei ihren Maultieren gestanden hatten, alle wie ein Mann zu uns herüber, wodurch der Gesang herausfordernd und persönlich anzüglich wurde. Mr. Shine sagte nervös nach hinten und knüpfte die federne Revolvertasche auf, machte sie aber gleich wieder zu mit einer Geste der Verlegenheit, die aber ebenfogut auch eine der Scham oder gar der Würchigkeit sein konnte. „Teufel noch mal“, rief er dann, „that means business, die scheinen Ernst zu machen.“ „Das machen sie“, sagte Bei knirschend, „und wenn sie einmal fort sind, haben wir unsere liebe Mühe und Not, sie wieder hereinzuholen.“ „Gut“, sagte er, „aber erst nach heute.“ Was das heißt, bleibt bezweifelt, da wird nichts nachgegeben. Mr. Shine, seien Sie doch so gut, bitten, und lassen Sie die Leute gehen!“ Ich ließ über mich hinweg und brachte die ganze Horde zusammen-

„Na, was ist?“ fragten die Leute, als sie nahe genug der Wäge waren. „Also es ist abgemacht“, sagte Mr. Shine halb erboßt, halb von oben herab, „ich zahle acht für das Kilo, aber —“ Antonio ließ ihn nicht ausreden: „Und für die schon gekühten Kilos?“ „— zahle ich die zwei Centavos nach. Aber nun auch tüchtig ran an die Arbeit, daß wir den ganzen Bettel noch trocken hereintriegen.“ „Hurra für Mr. Shine!“ schrie Abraham. „Halts Maul, darned Nigger, du bist nicht gefragt!“ schrie der Farmer wütend. „Aber was mache ich denn nun mit Ihnen, Mr. Gale“, sagte Mr. Shine, „Sie bekommen doch schon acht.“ „Ja“, sagte ich, „da gehe ich halt leer aus, Mr. Shine.“ „Das sollen Sie nicht. Bei einem Mann kommt es mir auch nicht darauf an. Und weil Sie Weißer sind, der einzige Weiße, Sie sollen zehn haben.“ „Mit Nachzahlung?“ „Mit Nachzahlung! Ich bin ein fair businessman. Was stehen Sie noch rum! Machen Sie, daß Sie an die Arbeit kommen. Wir haben, weiß Gott, beinahe eine Stunde verquatscht. Gerade um diese Stunde kann uns der Regen zu früh kommen. Das ziehe ich Euch beiden Rangen ab, da könnt Ihr Gift drauf nehmen.“ wandte er sich seinen Söhnen zu, die gerade dabei waren, die Wäge wieder aufzuhängen. Zweiter Teil. 10. So tief der Trost nun weiter die nächsten zwei, drei Wochen. Ohne besondere Ereignisse. Ein Tag wie der andere. Rennen im Trab, Rennen, Essen kochen, Schlafen, Rennen im Trab, Arbeit. Eines Nachmittags, als ich vom Feld heimkam, ging ich zu Mrs. Shine und fragte sie, ob sie mir ein Kilo Sped verkaufen oder bis Sonntag leihen wollte, da ich vergessen hätte, letzten Sonntag welchen mitbringen zu lassen. „Können Sie haben, Mr. Gale, gegen Bezahlung oder Rückgabe, ganz wie Sie wollen.“ „Gut“, sagte ich, „dann gegen Bezahlung. Mr. Shine kann es mir ja am Samstag anrechnen.“ „Gut“, und sie eben dort, wo die Sped abzuwiegen, kam Mr. Shine von der Stadt zurück, wo er seine Post abgeholt und einige Bedarfsmittel eingekauft hatte. „Da sind Sie ja gerade wie gerufen, Mr. Gale“, sagte

er zu mir, als er ins Zimmer trat. „Ich habe einige Neuigkeit für Sie.“ „Für mich? Woher soll die wohl kommen?“ „Direkt aus der Stadt. Im Store traf ich den Manager von Camp 97. Ich sah da und trant gerade eine Flasche Bier nach der andern. Er war in großen Rößen. Da haben sie im Camp ein kleines Masseurchen gehabt. Beim Auswechselln von Achterrohren gegen Zehner hat ein Rohr ausgeschlagen und dem einen Driller den rechten Arm böse gequetscht, weil einer von den Indianern wieder mal nicht aufgepaßt und rechtzeitig zugepaßt hat. Der Driller ist ein tüchtiger, erfahrener und verlässlicher Burche, den sie nicht gehen lassen wollen. Nun suchen sie einen guten Ersatzmann für drei bis vier Wochen. So lange wird es wohl dauern, bis der Mann wieder arbeiten kann. Aber sie sind jetzt gerade an einem heißen Punkt. Sie sind auf siebenhundert Fuß und sind auf Behm, und wenn sie jetzt keinen guten Driller bekommen, dann können sie vielleicht eine Knickung in der Bohrung erleben. Na, und was das bedeutet, was das für Scherereien, Zeitverlust und Kosten verursacht, das wissen Sie ja selbst, Sie haben ja in den Fiedels gearbeitet. Das gibt allemal den Sack für die Driller und Lootdresler, manchmal für das ganze Camp.“ „Weiß ich“, erwiderte ich, „dann dem besten Mann passieren, wenn man noch so sehr aufpaßt. Ein Stein, den der Satan gerade dort hingeworf hat, wo man ihn am allerwenigsten vermutet, kann zwanzigttausend Dollar kosten.“ „Rag sein, davon verstahe ich nichts“, wandte Mr. Gale ein. „Nun ist der Manager in Sorge, was er machen soll. Er hat schon eine Schicht selber gearbeitet, aber auf die Dauer geht es nicht. Telegraphiert er nun zur Kompagnie, dauert es immerhin drei bis vier Tage, bis er den Mann hier hat. Und ab er einen Mann kriegt, wie er ihn braucht, weiß er auch nicht. Denn ein tüchtiger Mann nimmt für drei Wochen nichts an, weil er dadurch vielleicht eine andere Stellung, wo er sechs Monate in Sicherheit hat, verpassen kann. Ich habe nun zu dem Manager gesagt: „Well“, habe ich gesagt, „Sie sind just der Mann, auf den ich gewartet habe, Mr. Berkley.“ „Aber, ich weiß noch immer nicht, was ich eigentlich damit zu tun habe.“ „Da wollen Sie das ab“, ab, was kommt. In drei, höchstens vier Tagen haben wir die Baumwolle drin. Was wollen Sie denn dann machen?“ (Fortsetzung folgt.)

Aus den Bezirken.

2. Bezirk — Tiergarten.

In der am 24. Juni in den Aktushof einberufenen Kreisvertreter-Versammlung gab der 2. Kreisleiter, der Genosse Weiser, den Bericht des Kreisvorstandes. Das letzte Geschäftsjahr brachte der Parteibewegung des Kreises große Erfolge. Von Wahl zu Wahl vergrößerte sich die Arbeitsfreudigkeit der aktiven Mitglieder. Ein großer Stimmengewinn für unsere Partei bezeugte die Mühe und Aufopferung der Genossen. Der tatkräftigen Mitarbeit der Frauen ist zum großen Teil der Erfolg zu verdanken. Durch Abhalten zahlreicher Frauenabende, Funktionärinnenkonferenzen und öffentlichen Frauenerfassungen wurde der sozialistische Gedanke auch in die Reihen der uns noch fernstehenden Frauen getragen. Auch die Arbeiterwohlfahrt war sehr rege tätig. Ausrüstung von Bekleidungsstücken, Lebensmitteln sowie Geldunterstützungen wurden zweckentsprechend durchgeführt. Des Weiteren war es möglich, fünfzehn erholungsbedürftige Kinder im Laufe des Jahres zu versorgen. Außerdem wurden Einführungssturse in die Wohlfahrtspflege abgehalten. Auch der Jugendfürsorge wurde reges Interesse entgegengebracht. Von einer Diskussion über diesen Bericht wurde Abstand genommen, da die Versammlung mit der Tätigkeit des Kreisvorstandes einverstanden war. Genosse Weiser gab den Bericht der Pressekommission. Dem Kreisleiter, Gen. Bauer, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der alte Kreisvorstand wurde in seiner bisherigen Befugnis wieder gewählt: Erster Kreisleiter Gen. Hennig, als zweiter Kreisleiter Gen. Weiser, als Kreisleiterin Gen. Bauer, zum Schriftführer Gen. Giese, als zweiter Schriftführer Gen. Giese. Zur Pressekommission wurde der Gen. Otto Meier vorgeschlagen. Die Genossin Jordan wurde als Frauenleiterin und die Genossin Eisfelder als Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt von der Versammlung bestätigt. Bei der Stellungnahme zum Bezirksparteitag wurde der alte Bezirksvorstand zur Wiederwahl in Vorschlag gebracht. Zwei zum Organisationsstatut eingebrachte Entwürfe wurden angenommen. Der von Gen. Schlegel vorgeschlagene Jugendbeirat, Gen. Salomon, wurde einstimmig bestätigt. Gen. Hennig und Weiser wurden als Delegierte zum Reichsparteitag in Vorschlag gebracht. Gen. Kämpfer wurde einstimmig als Delegierter des Bezirksverbandes Berlin zum internationalen Kongress in Karlsruhe vorgeschlagen. Unter eindringlichem Appell an die Anwesenden, auch im neuen Geschäftsjahr mit voller Arbeitskraft sich zu betätigen, schloß der Gen. Hennig die Versammlung.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Der Verband der sozialistischen Frauengruppen unterhält in Charlottenburg eine Arbeitsstube, in der alle Frauen, die früher in besseren Verhältnissen gelebt haben — hauptsächlich Kleinrentnerinnen — mit Handarbeiten beschäftigt werden. Diesem Verband soll ein einmaliger Zuschuß in Höhe von 500 Mk. aus Vorbehaltsmitteln bewilligt werden unter der Voraussetzung, daß reichliche und konfessionelle Rücklagen bei der Beschäftigung innerhalb der Arbeitsstube keine Rolle spielen. Auf die Anfrage der SPD-Fraktion wurde vom Vertreter des Bezirksamtes mitgeteilt, daß etwa 30—40 Frauen dort mit häuslichen Arbeiten beschäftigt werden, die die jämmerliche Bezahlung von höchstens 10 Pf. pro Stunde bekommen. Wie hoch der Erlös ist, der aus den fertigestellten Arbeiten erzielt wird, konnte nicht mitgeteilt werden. Nach längerer Debatte wurde der Zuschuß auf 1000 Mk. erhöht. Das Bezirksamte hat die gerechte Verteilung dieser Summe zu überwachen. Dem Roten Kreuz wurden zur Anschaffung von Kohlen für die Mittelstandsküche 100 Mk. bewilligt. Die Küche dieses Vereins ist in jeder Beziehung musterhaft, der Preis für die Einzelportion beträgt 21 Pf. Auf dem Gelände des Waldhauses Charlottenburg in Beech-Sommerfeld ist die Ausführung einer Reihe von Erweiterungsbauten dringend erforderlich. Es muß unter allen Umständen ein Männerpavillon, enthaltend 100 Betten, und ein Frauenpavillon, enthaltend 50 Betten, gebaut werden. Die Kosten der Ausführung des gesamten Bauprojekts einschließlich aller Nebengebäude betragen rund 4 Millionen Mark. Zunächst sollen bis zum Jahre 1926 1,5 Millionen verbraucht werden. Für das Krankenhaus Westend werden 1800 Mk. zur Beschaffung von fahrbaren Servierplatten gefordert. Diese technische Verbesserung begründet das Bezirksamte damit, daß die strenge Durchführung der 48-Stunden-Weche nicht möglich ist in den Charlottenburger Krankenanstalten, sondern es muß wöchentlich 51 Stunden gearbeitet werden. Der Sprecher der SPD-Fraktion wies darauf hin, daß in den Richtlinien des Berliner Magistrats für das Krankenpersonal die 48-Stunden-Weche festgelegt worden sei. Die schweren Gefahren für die Gesundheit der in der Krankenpflege beschäftigten Personen verpflichtete die Anstaltsleiter zur strengen Durchführung der 48-stündigen Arbeitszeit. Der Gesundheitszustand unter den Schwestern ist sehr schlecht und bedeutet eine ernste Gefahr, die noch erhöht wird dadurch, wenn die Arbeitszeit über acht Stunden am Tage hinaus verlängert wird. Professor Dettlinger gab zu, daß der Gesundheitszustand des Pflegepersonals ganz allgemein viel zu wünschen übrig läßt und die Ärzte mit ernster Sorge erfüllt. Er verpflichtete sich, die Verhältnisse noch einmal genau zu prüfen und dann darüber Bericht zu geben, ob der Achtstundentag für das Krankenpersonal in den Charlottenburger Krankenanstalten durchgeführt werden könne. Das Bezirksamte ersucht, von der Errichtung eines Altersheimes in Westend zukünftig Kenntnis zu nehmen. Das Gebäude soll 12 Wohnungen zu je 2 Stuben und Küche und 12 Wohnungen zu je 1 Stube und Küche enthalten. Die erforderliche Bausumme beträgt 180 000 Mk. Der Errichtung eines Omnibus-Betriebsbahnhofs auf dem Grundstücken an der Morsestraße wird zugestimmt. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Ges. hat die Absicht, eine größere Anzahl neuer Linien einzuführen. Um die erforderliche Unterbringung von mindestens 200 neuen Fahrzeugen zu ermöglichen, hat sie das Grundstück an der Morsestraße erworben. Zum Schluß wurde noch einmal befragt die Errichtung eines Straßenbahnhofes an der Königin-Elisabeth-Straße debattiert. Die Bezirksversammlung Charlottenburg hatte sich einstimmig gegen die Errichtung des Bahnhofes an dieser Stelle entschieden. Die Bewohner dieser Gegend haben in einer ganzen Reihe von Eingaben und Protestversammlungen scharf dagegen Stellung genommen, und trotzdem hat der Berliner Magistrat alle diese Einwände nicht beachtet und dem Bau des Bahnhofes an der gänzlich ungeeigneten Stelle zugestimmt. Es wurde beschloffen, energisch gegen den Beschluß des Berliner Magistrats Einspruch zu erheben. Außerdem wurde eine Kommission aus Vertretern aller Fraktionen gebildet, welche den Auftrag hat, nochmals mit dem Oberbürgermeister zu verhandeln und auch beim Oberpräsidenten und dem Berliner Ballzweipräsidenten auf die Unzumutbarkeit des Bahnhofsbauens an dieser Stelle hinzuweisen.

12. Bezirk — Steglitz.

Wie verlautet, sollen die Stellen der unbeforderten Bezirksamtsmitglieder nun, nachdem bereits die befolheten abgebaut sind, ebenfalls vermindert werden. Dabei ist es verständlich, daß die Bezirke so verschieden behandelt werden. Zumindest müßte man erwarten, daß die Bezirke Bilmersdorf, Steglitz und Schöne-

Die Not der Mütter und Kinder.

Die folgenden Ausführungen sind der Begründung eines von der Bezirksversammlung Prenslauer Berg einstimmig angenommenen Antrages auf Errichtung eines Mutter- und Säuglingsheimes entnommen. Sie werfen ein Schlaglicht auf die in Berlin herrschenden sozialen Missetaten und sollen zeigen, wieviel Arbeit zu ihrer Beseitigung noch zu leisten ist.

Seit langer Zeit wurde beobachtet, daß die Unterbringung und Betreuung von Schwangeren, Gebärenden, Wöchnerinnen, Säuglingen und Kleinkindern, namentlich dann, wenn es sich um schwächliche oder kranke Menschen handelt, große Schwierigkeiten bereitet. Das große Wohnungssehlend zwingt viele Frauen dazu, während der Niederkunft eine Entbindungsanstalt aufzusuchen. Viele Wöchnerinnen und werdende Mütter, namentlich uneheliche, sind veranlaßt, in alle möglichen Gebäranstalten, Heime und Pensionen, oft in schnellem Wechsel nur auf einige Tage sich aufnehmen zu lassen, nur um ein Obdach zu besitzen. Viele Gebäranstalten entlassen wegen der Raumnot die Frauen schon nach dem 4., 5. oder 6. Tage nach der Geburt, mitunter noch früher. Viele Frauen wissen nicht, wo sie während der Zeit ihrer Hochschwangerschaft, bei der Geburt und in den Wochen nach der Niederkunft unterkommen werden, ganz zweifellos wird der Wille zur Mutterschaft hierdurch stark beeinträchtigt, die Zahl der Abtreibungen erheblich gesteigert. Mitleidige Zustände herrschen in dem

fürstlichen Obdach.

Es befindet sich dort eine Entbindungsstation und eine Säuglingsabteilung, die circa 40 Betten umfaßt. Die Unterbringung der Frauen und Säuglinge wurde in letzter Zeit ein wenig verbessert, darf aber nur als eine vorläufige bezeichnet werden. Es ist zu verstehen, daß bei der großen Not an Betten für Gebärende und Säuglinge in der Stadt Berlin im Obdach derartige Stationen eingerichtet wurden. An und für sich gehört aber weder eine Entbindungsstation noch eine Abteilung für Säuglinge in dem Komplex der Räume des Obdachs hinein. Diesem dürfte es richtig sein, sowohl vom sozialpolitischen wie auch insbesondere vom hygienisch-medizinischen Standpunkte, obdachlose Frauen, die niederkommen, und Säuglinge, die der ärztlichen Betreuung bedürfen, aus dem Obdach hinwegzunehmen und einem Mütterheim bezw. Säuglingsheim zur Aufnahme zuzuwenden. Derartige Anstalten, die insbesondere auch für die Aufnahme der jetzt im fürstlichen Obdach untergebrachten Schwangeren, Wöchnerinnen und Säuglinge dienen, dürfen aber nicht weit entfernt liegen. Der Verwaltungsbezirk Prenslauer Berg, in dessen Zentrum das Obdach liegt, besitzt aber zurzeit keinerlei andere Unterbringungsmöglichkeiten für die genannten Personen. Auch aus mehreren anderen Gründen dürfte sich gerade für den Verwaltungsbezirk Prenslauer Berg

berg völlig gleich besetzt werden, denn ihre Einwohnerzahlen unterscheiden sich nur unwesentlich, und dann sind Bilmersdorf und Steglitz noch ausdehnungsfähig, während Schöneberg seine Bebauung fast abgeschlossen hat. Während andere Bezirksversammlungen sich gegen den Abbau ihrer bestehenden Mitglieder erstreckt zur Wehr gesetzt haben, so diesen bisher überhaupt nicht oder nur teilweise durchgeführt haben, konnte es die Bezirksversammlung Steglitz gar nicht erwarten, bis sie die zwei linksstehenden Stadträte, den Sozialdemokraten und den Demokraten, fortgeschickt hätten. Angeblich weil sie „die Verlesenen“ waren, in Wirklichkeit natürlich wegen der Parteizugehörigkeit. Nun jammern gerade die Parteien, die den Abbau beschleunigten und durchführten, über die „Arbeitslast“ der einzelnen Dezernenten und verlangen eine Verstärkung des Bezirksamtes. Die SPD-Fraktion hat der Überzeugung bekanntlich stets, jedoch ohne Erfolg, widersprochen. Es ist selbstverständlich, daß auch wir für die gleichmäßig starke Besetzung der drei Bezirksämter eintreten, schon weil sonst zu befürchten ist, daß die Leitung der Geschäfte, anstatt in der Hand von Männern zu liegen, die der Bürgerschaft vornehmlich sind, in der Hand von Berufsbeamten, besonders Juristen, was für die Entwicklung unseres Bezirks keineswegs erwünscht ist. Unsere Genossen müssen aus der Behandlung der Abbaufrage durch die bürgerlichen Parteien, zu denen sich natürlich, wie immer, auch die Kommunisten einträglich gestellt haben, erkennen, daß nur eine möglichst starke sozialdemokratische Fraktion uns im Bezirk Steglitz helfen kann. Nur wenn wir stärker als jetzt in das Bezirksparlament einziehen, ist die Möglichkeit vorhanden, daß wir unseren Willen und unser Wollen mit mehr Erfolg zum Ausdruck bringen und den bürgerlichen Rückschlüßlern ein Paroli bieten können. Bei jeder fortschrittlichen Vorlage, die die SPD-Fraktion einbringt, stehen die Bürgerlichen geschlossen gegen sie. Nichts kann sie davon überzeugen, daß zuerst das Wohl der Bürgerschaft und dann erst die Parteinteressen kommen. Darum muß mit aller Kraft gearbeitet werden, um bei der nächsten Wahl den Einfluß der Sozialdemokratie gegen die rückwärtigen Umtriebe der bisherigen bürgerlichen Mehrheit zu stärken.

15. Bezirk — Treptow.

Die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Treptow gestaltete sich infolge der Anregungen und Anträge unserer Parteigenossen zu einer interessanten Sitzung. Nach Erledigung der üblichen Erholungs- und nach Kenntnisnahme von der Errichtung einer Tages- Erholungsstätte für Frauen und schulentastete Mädchen in Oberschöneweide beschäftigte man sich eingehend mit den Anträgen der SPD-Fraktion. Einer dieser Anträge forderte das Absterben und das Gelände zwischen Adlershof und Köpenick, das seit Jahren verwildert ist, volkswirtschaftlich auszunutzen. Die Bezirksversammlung schloß sich einstimmig dem Antrage an. Weiter beantragte die Fraktion, beim Magistrat Berlin dahin vorstellig zu werden, daß für den Südosten Berlins ein Kinderkrankenhaus geschaffen wird. Genossin Wissell begründete diesen Antrag, der dann auch einstimmig angenommen wurde. Genosse Neumann begründete einen Antrag auf Ausbau der Fließbäder und verlangte vom Bezirksamte, vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß die für den Bezirk vorgesehene Volksbadeanstalt so schnell wie möglich in Angriff genommen werde. Es sei unverständlich, daß ähnliche Pläne, die für den Westen Berlins bestehen, durch den Magistrat Berlin bevorzugt werden und Treptow immer wieder vertrieben wird. Jedem Einseitigen müßte klar sein, daß gerade eine Volksbadeanstalt in einem Bezirk, in dem fast ausschließlich Arbeiter wohnen, dringend nötig ist. Die Versammlung schloß sich diesem Antrage der SPD einstimmig an. Genosse Becker ersuchte, die großen Ausfallstraßen nach Berlin-Köpenick, beiderseits der Spree, wie die Köpenicker Landstraße und Kiehlstraße entsprechend dem auf diesen Straßen liegenden Verkehr auszubauen. Ein weiterer Antrag der Fraktion ersuchte, die Bemühungen zur Ausgestaltung des Straßenbahnnetzes im Bezirk dem gemachten Bedürfnis entsprechend fortzusetzen. Genosse Lempert wies auf die Gefahren, die durch die Errichtung des großen Elektrizitätswerkes an der Spree dem Treptower Park und dem Bienenwald erwachsen können, hin. Die Bezirksversammlung beantragte das Bezirksamte, alles zu tun, um den Bienenwald und

die Errichtung eines Mütter- und Säuglingsheimes empfehlen. Die Bezirke Mitte und Kreuzberg sind außerordentlich eng bebaut und besitzen keine geeigneten Gelände für derartige Zwecke. Im Bezirk Tiergarten existiert eine neu gegründete Entbindungsstation und eine Kinderabteilung, die beide in das Krankenhaus Roabit eingegliedert sind. Der Bezirk Wedding verfügt über ein großes Kinderkrankenhaus und auch im Bezirk Friedrichshagen hat man eine Kinderabteilung im Krankenhaus geschaffen. Der Bezirk Prenslauer Berg besitzt kein Krankenhaus, sondern von großen gesundheitlichen Anstalten nur das in der Fröbelstraße gelegene Friedrich-Wilhelm-Hospital. Der Bezirk ist räumlich der größte von Alt-Berlin. Ein Einwohner zählt er 321 000. In der nördlichen Hälfte ist in weitem Umfang Bauland vorhanden. Es ist auch beabsichtigt, gerade in dieser Gegend in großem Umfang Neubauten auszuführen, sobald erst die Bautätigkeit einigermaßen in Fluß kommt. Die städtischen Säuglingsheime Charlottenburg-Bestend und Neudamm sowie manche anderen derartigen Berliner Anstalten, liegen viel zu weit entfernt von dem Berliner Hochhafen, als daß sie von der dort ansässigen Einwohnerschaft in nennenswertem Umfang aufgesucht würden. In Berlin werden jährlich etwa 40 000 Säuglinge geboren. Die Geburtenzahl ist seit etwa 2 Jahren bis auf die allerletzte Zeit, in der eine kleine Steigerung erfolgte, ziemlich genau dieselbe geblieben. 5000 von diesen Säuglingen sterben wiederum während ihres 1. Lebensjahres. Dort, wo man gut ausgestattete Säuglings-, Heil- und Pflegeanstalten von genügendem Ausmaße besitzt, hat man die Zahl der Todesfälle erheblich herabmindern können. Ein neues modernes Berliner Mütter- und Säuglingsheim wird sicherlich vielen Menschen zum Leben helfen werden und die Zahl der Berliner Geburten nicht unwesentlich steigern helfen. An besonderen Einrichtungen

1. Eine Entbindungsstation mit 100 Betten.
2. Eine Frauenstation für Schwangere und Wöchnerinnen (Mütterheim) mit Begehbehörden zur Berrichtung von hauswirtschaftlicher und Heimarbeit.
3. Ein Säuglingsheim für 200 Säuglinge mit 40 Quarantänezimmern.
4. Eine Säuglingskrippe mit 3 Abteilungen zu je 30 Kindern.
5. Bermanntungsgebäude, Schwefelwasserhaus, Rastheimhaus, Küche, Kuchstall (inkl. Bäckererei).
6. Umfangreiche Anlagen im Freien, Begehbehörden, Rasenflächen, Geästertes, im südlichen Teil befindliches Baugebiet ist nördlich der Ringbahn zwischen Prenslauer Allee und Landsberger Allee in genügendem Umfang vorhanden. Die Baukosten dürften sich nach einer Aufhebung des Leiters des hiesigen Bezirks-Hochbauamtes auf circa 3 Millionen Mark belaufen.

den Treptower Park, die als Lungen Berlins anzusprechen sind, zu erhalten. Die Deutschnationalen wollten durch eine Anfrage vom Bezirksamte erfahren, wie es einem deutschnationalen Beamten des Bezirkes ergangen sei, der während des letzten Wahlkampfes auf einem Auto des Reichsbüros fortgesetzt „Nieder die Republik“ gerufen haben soll. Genosse Bürgermeister Gronow gab die gebührende Antwort.

16. Bezirk — Köpenick.

Die Volkszählung im Verwaltungsbezirk Berlin-Köpenick hat gegenüber dem Bestande von 56 800 Einwohnern bei Bildung der neuen Stadt Berlin eine Einwohnerzahl von 64 870 Köpenicker ergeben, also einen Zugang von 8070 Einwohnern. Um die durch die Zunahme des Kraftwagenverkehrs erzeugte Staubplage auf der Chaussee Köpenick-Maguelstein zu beseitigen, hat das Bezirksamte beschlossen, diese Chaussee mit einer zweimaligen Oberflächenentwässerung zu versehen, die auf längere Zeit die Entwicklung von Staub verhindern soll. Gegenwärtig wird die genannte Chausseestrecke zunächst mit größter Beschleunigung ausgebaut, bezw. neu geschüttet. Die Ausführung der erstmaligen Teuerung soll in der ersten Julihälfte erfolgen. Etwa 2 Monate später wird dann noch ein zweiter Teerüberzug aufgebracht werden.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Eine neue Kindererholungsstätte ist vom Bezirksjugendamt Lichtenberg im Walde bei Friedrichshagen — Nähe Ranenfelder Wähe — in landschaftlich schöner Umgebung errichtet worden. Es sollen dort von 13. Juli d. J. ab 100 unterernährte Lichtberger Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren auf je 6 Wochen zu ihrer Erholung tagsüber untergebracht werden. Die Kinder fahren täglich um 8 Uhr vormittags vom Bahnhof Strauß-Kummelsburg mit der Stadtbahn nach Friedrichshagen und kehren um 6 Uhr abends auf dem gleichen Wege nach hier zurück. Sie stehen unter ärztlicher Aufsicht, werden von Kindergärtnerinnen betreut und erhalten reichlich Verpflegung gegen einen Elternbeitrag, der nur 30 Pfennig pro Tag einschließlich Fahrgeht beträgt. Anmeldungen für die Erholungsstätte werden in den Lichtberger Schulen und im Jugendamt, Türschmidstr. 25, Zimmer 31, entgegengenommen. — Unentgeltlich gewährte Sprechstunden des Gemeindegemeinschaftsamt Lichtenberg und des Kleingartenflechgerichts werden in den Monaten Juli, August und September 1925 wie folgt abgehalten:

1. In Lichtenberg im Bureauhaus, Rathausstraße, Baracke 2, Zimmer 22: wöchentlich vormittags 9 bis 12 Uhr.
2. In Friedrichsfelde-Karlshorst im Amtsgebäude, Treptow-Allee 44, Zimmer 4: Dienstags und Freitags nachmittags von 2 bis 4 Uhr.
3. In Kaulsdorf im Amtsgebäude, Adolfstraße 25: Mittwochs, den 8. Juli, 5. August und 2. September 1925, nachmittags von 4 bis 6 Uhr.
4. In Mahlsdorf im Amtsgebäude, Köpenicker Allee 1, Zimmer 8: Mittwochs, den 15. Juli, 12. August und 9. September 1925, nachmittags von 4 bis 6 Uhr.

20. Bezirk — Reinickendorf.

Die Bezirksversammlung sollte die Mittel zur Beschaffung einer leicht transportfähigen, absperrbaren Automobil-Katasprihe für die freiwillige Feuerwehr von Tegel, die zur Löschung von Waldbränden unbedingt erforderlich ist, bewilligen. Auf Antrag der SPD-Fraktion war diese Vorlage in der letzten Sitzung einem Ausschuss überwiesen, um auch andere, das Feuerlöschwesen betreffende Fragen, insbesondere das Zusammenarbeiten der Berliner Berufswehr mit den örtlichen freiwilligen Wehren zu klären. Nach dem Bericht des Ausschusses ist ein Weiterbestehen der freiwilligen Wehren, auch in den am alten Berlin angrenzenden Orten, noch unbedingt erforderlich. Das Feuerlöschwesen ist weiter auszubauen, auch lasse die Stellung von Geppanen für die freiwilligen Wehren viel zu wünschen übrig. Ein diesbezüglicher Antrag der SPD. fand Annahme. Eine Vorlage des Bezirksamtes, Ausweisung von Liefern wegen von den Tegeler See und an der Havel, wurde auf Antrag der SPD-Fraktion einem Ausschuss überwiesen. Der Ausschuss soll nach Beschäftigung prüfen, ob noch weitere Liefern aus-

Billige Lebensmittel **Hermann Rietz**

Frisches Fleisch

Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.
Hammelfleisch	4 kg Kapp, Pfund	75 P.

Schweineköpfe

mit Backe, mild gepökelt... Pfund 28 P.
Pa. Eisbeine mild gepökelt... Pfund 50 P.
Pa. Ochsengehörflisch... Pfund 50 P.
Pa. Ochsenfahrlippe... Pfund 60 P.
Pa. Rinderherzen gefroren, Pfund 28 P.
Molkereibutter 1/2 Pfund-Stück 88 P.

Wurstwaren

Doffkatess-Sölze	Pfund	50 P.
Leberwurst u. Rotwurst	Pfund	60 P.
Teewurst	Pfund	1 00
Hausmacher	Pfund	95 P.
Jagdwurst	Pfund	1 25
Grobe Mettwurst	Pfund	1 00
Knoblauchwurst	Pfund	1 20
Mettwurst n. Braunschweiger Art	Pfund	1 30
Salami	Pfund	1 70
Speckwurst	Pfund	1 00

Kolonialwaren

Mischung mit 20 Proz. Bohnen	Pfund	70 P.
Gebraunte Gerste	Pfund	22 P.
Krämlschokolade	Pfund	90 P.
Schokoladenpulver	Pfund	60 P.
Kakao 1-Pfund-Pakete	Pfund	65, 80 P.
Weizengriess	Pfund	25 P.
Hartgriess	Pfund	26 P.
Bandnudeln	Pfund	26 P.
Makkaroni	Pfund	43 P.
Tafel-Reis	Pfund	20, 25 P.

Käse

Kämmelkäse	Pfund	32 P.
Brikkäse	Pfund	45 P.
Camembert	Scheitel	28, 32, 40 P.
Camembert	etw. Scheitel	75 P.
Camembert	etw. Scheitel	1 30
Dän. Gouda	Pfund	80 P.
Edamer	Pfund	1 05
Dän. Schweizer	Pfund	1 10
Brie vollkornig	Pfund	1 20
Tilsiter	Pfund	75, 85 P.

Räucherwaren

Räucherheringe	etw. 15 P.	
Flundern	Pfund	40 P.
Seelachs	Pfund	45 P.
Bücklinge	Pfund	55 P.
Bundaale	Bund	85 P.
Lachs	Pfund	1 00

Fische

Rotbars	Pfund	17 P.
Kablau	Pfund	18 P.
Makrelen	Pfund	24 P.
Schellfisch	Pfund	30 P.
Heringe	Pfund	35 P.

Kaffee

aus eigener Kiste, frisch gebrannt... Pfund von 2 50 an
Matjesheringe 10, 15, 20 P.
Fetterheringe 35 P.
Tafelöl... Flasche 26 P.
Vollmilch... 4 groene Dosen 85 P.

Fassweine zu Sonderpreisen

in den bekannten guten Qualitäten, s. a.:

Apfelsaft	alkoholfrei, steinert, ohne Flasche	Zubehölz 1923er Oberhaardl. Molkkammerer	1921er Haut-Sauternes
1/2 Pfund 75 P.	1 Pfund 70 P.	1/2 Pfund 70 P.	1/2 Pfund 25 P.

Frankfurter Apfelwein

würstl. Qualität, Liter 50 P.

1922er Montagne	1/2 Pfund 90 P.	1 Pfund 85 P.	1 1/2 Pfund 80 P.
-----------------	-----------------	---------------	-------------------

Obst u. Gemüse

Ital. Tomaten	Pfund	18 P.
Johannisbeeren	Pfund	30 P.
Stachelbeeren	Pfund	35 P.
Pfirsiche	Pfund	65 P.
Zitronen	Pfund	45 P.
Salat	großer Kopf	10 P.
Möhren	Bund	12 P.
Schoten	Pfund	18 P.
Kohlrabi	Bund	40 P.
Weisskohl	Pfund	18 P.
Neuzwiebeln	Pfund	15 P.

Ausserdem Fortsetzung des Saison-Ausverkaufs

Bis zur Hälfte herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in den bekannt guten Qualitäten

Beginn 1. Juli

Achtung!!

Mitglieder des Baugewerksbundes, Baugewerkschaft Berlin

Am Sonntag, den 2. Juli, findet in den bekannten Bezirkslokale in der Zeit von vormittags 9-1 Uhr die

Wahlversammlung

über das Ergebnis der Tarif- und Lohnverhandlungen statt. Zur besseren Uebersicht geben wir nochmals die Bezirkslokale, in denen die Wahlversammlung erfolgen kann, bekannt:

Adlershof: Sedanstr. 3.	Chausseestraße: 17.
Alt-Hilfen: Ringstr. 20.	Chausseestraße: 18.
Beinwischlingweg: Gerhart, Baumjahrenstr. 4.	Diesendorferweg: 20.
Chausseestraße: 17.	Chausseestraße: 17.
Chausseestraße: 17.	Chausseestraße: 17.
Chausseestraße: 17.	Chausseestraße: 17.

Am Sonntag, den 2. Juli, befindet sich Gustav Fritz u. Fran...

Wahlversammlung

über das Ergebnis der Tarif- und Lohnverhandlungen...

über das Ergebnis der Tarif- und Lohnverhandlungen...



CUPREX

einzig und allein *fügt* schnell u. sicher Ungeziefer aller Art samt Brut bei Mensch und Tier.

Das Wahlversammlungsergebnis ist sofort nach der Wahl...

Wahlversammlung

über das Ergebnis der Tarif- und Lohnverhandlungen...

Wahlversammlung

über das Ergebnis der Tarif- und Lohnverhandlungen...

Wahlversammlung

über das Ergebnis der Tarif- und Lohnverhandlungen...

wo kaufe ich am besten?

Nur in einem wirklichen Großbetrieb! Gesamtlager in 4 Etagen!

AUF KREDIT u. GEGEN BAR

Herren Damen

Aussige Kostüme
Paletots Kleider
Gummihüte Wasch-Kleider
Sport-Ausüge Komplett
Sport-Hosen Staub-Kolbenmäntel
Nur Qualitätswaren! Diskrete Bedienung!

Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Tele. 1002
Keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentlich billigere Preise!

A. DAMITT Rosenfelder Str. 46-47

Verkäufe

Kaufmann-Artikelmagazin für Hausgebrauch und Gewerbe. Zeitschriften, Reparatur-Werkzeug für alle Systeme...

Verkäufe

Kaufmann-Artikelmagazin für Hausgebrauch und Gewerbe...